PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

# Rote Fahne

TRIBÜNE DER MARXISTEN-LENINISTEN IN DER KPÖ

Jgg. 1964 / Nr. 14 (18) 1. August Einzelpreis S 3,-

## DER KAMPF UM DIE WAHLRECHTSREFORM

Das Tauziehen der Regierungsparteien um die Wahlrechtsreform ist in ein entscheidendes Stadium eingetreten. Auch der Kampf unserer Partei um die Demokratisierung des Wahlrechts hat in den letzten Wochen einen Höhepunkt erreicht.

Nach der Einschätzung unserer Parteiführung besteht zwischen dem Tauziehen der Regierungsparteien und den Forderungen unserer Partei ein direkter, ursächlicher Zusammenhang. Erst auf dem letzten ZK-Plenum stellte Friedl Fürnberg die Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien - und damit auch ihre Packeleien mit der FPÖ, ihrem verhätschelten Adoptivkind - als einen "Erfolg" der Kommunisten im Kampf um die Demokratisierung des Wahlrechts hin. Ist es aber wirklich so?

Alle die zahlreichen Varianten, die bisher von den Regierungsparteien zur Wahlrechtsreform vorgeschlagen wurden, zeigen doch ganz deutlich, daß es diesen Parteien ebenso wie der FPÖ nicht um eine weitherzigere Anwendung der Spielregeln der bürgerlichen Demokratie, sondern im Gegenteil um eine Einengung ihrer Anwendungsmöglichkeiten geht! Alle bisher gemachten Vorschläge laufen doch nur darauf hinaus, die parlamentarische Monopolstellung der bürgerlichen Parteien und ihres reformistischen Bündnispartners noch mehr zu festigen, sie gesetzlich noch stärker zu verankern und in die

**Aus dem Inhalt:**

Seite

12 "Nikitas ausdrucksvoller Zeigefinger"

14 Kriegslüstern - wer ?

19 Der Kampf um unser Erdöl

22 Wie lebt das Volk in China?

30 Die KP in Franco-Spanien

33 Bürgerlicher Nationalismus oder Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit ?

Wahlgesetzgebung noch mehr Sicherungen gegen den Einzug von Vertretern der revolutionären Arbeiterbewegung ins Parlament einzubauen. An dieser klassenmäßig bedingten Interessengemeinschaft ändert auch die Tatsache nichts, daß die Regierungsparteien in Verfolgung parteipolitischer Sonderinteressen ein Wettbieten um die Gunst der FPÖ veranstalten - die ÖVP zur Behauptung ihrer führenden Rolle und die SPÖ zur Untermauerung ihres "Führungsanspruches".

Versuche zur weiteren Einengung der demokratischen Rechte, Verschlechterung des ohnedies schon höchst undemokratischen Wahlrechts, Wettlauf der Regierungsparteien um die Gunst der FPÖ, weitere politische Aufwertung dieser von alten Naziführern geleiteten und vom westdeutschen Kapital gelenkten großdeutsch-neofaschistisch orientierten Partei - das ist bisher das praktische Ergebnis der Wahlrechtsverhandlungen, in die jetzt auch ganz offiziell die FPÖ eingeschaltet wurde, und das alles soll ein "Erfolg" des Kampfes der Kommunisten um die Wahlrechtsreform sein? Hier kann doch etwas nicht stimmen!

Der Kampf um die Demokratisierung des Wahlrechts droht zu einer weiteren empfindlichen Verschlechterung der Wahlgesetzgebung zu führen - daher muß auch der Kampf um die Wahlrechtsreform falsch geführt worden sein! Worin liegt aber nun der Fehler?

Zur Beantwortung dieser Frage muß man sich zunächst über das Wesen und die Bedeutung einer das Wahlrecht demokratisierenden Reform klar werden.

Eine echte Wahlrechtsreform ist nicht einfach eine Reform wie jede andere. Sie betrifft eine höchst politische Frage und rührt an jene Sphäre, in der die Bourgeoisie möglichst souverän herrschen will. Wenn auch das denkbar demokratischeste Wahlrecht die Existenz des bürgerlichen Staates noch lange nicht unmittelbar in Frage stellt, so bringt ein formal wirklich demokratisches Wahlrecht für die Bourgeoisie doch gewisse Komplikationen, um nicht zu sagen Gefahren, mit sich. Denn je demokratischer das Wahlrecht ist, desto leichter wird es für die revolutionäre Arbeiterbewegung, in die parlamentarischen Körperschaften einzudringen und die Tribünen dieser Institutionen dazu zu benützen, die volksfeindliche Politik der bürgerlichen und revisionistischen Parteien bloßzustellen, die bürgerliche Demokratie als verhüllte Diktatur der Bourgeoisie zu entlarven und den Kampf der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten für ihre eigenen Interessen - sowohl in den Tagesfragen als auch in der Hauptfrage, der Beseitigung des Kapitalismus und der Errichtung des Sozialismus - zu organisieren. Ein formal völlig demokratisches Wahlrecht kann unter Umständen zu einer solchen Stärkung der parlamentarischen Vertretung der revolutionären Arbeiterbewegung führen, daß die Bourgeoisie sich gezwungen sieht, die "denkbar beste Hülle" abzuwerfen (als solche bezeichnete Lenin die bürgerliche Demokratie) und von der ver-

Der dritte (Schluß-)Teil der Untersuchung, deren ersten und zweiten Teil wir als Leitartikel in den beiden vorhergegangenen Nummern der "Roten Fahne" veröffentlichten, findet sich auf Seite 33.

hüllten zur verschleierten oder offenen Diktatur überzugehen. Aus diesen und anderen Gründen ist eine das Wahlrecht demokratisierende Reform schwieriger zu erkämpfen als jede andere.

Andererseits ist aber auch die Wahlrechtsreform eben nur eine Reform, das heißt ein Zugeständnis der Bourgeoisie an die um ihre Rechte kämpfende Arbeiterklasse, ein Versuch, durch Bewilligung einer Teilforderung dem Kampf um die Hauptforderung - die Änderung der Gesellschaftsordnung - die Spitze abzubrechen, oder - wie Genosse Lenin es definierte - ein "Nebenprodukt des revolutionären Kampfes". Dieses Nebenprodukt, noch dazu ein für die Bourgeoisie so schmerzliches wie eine demokratisierende Wahlrechtsreform, kann aber nicht ohne revolutionären Kampf errungen werden. Es kann nicht errungen werden, ohne im Kampf darum den verlogenen Charakter der bürgerlichen Demokratie aufzuzeigen, ohne dabei die bürgerliche Demokratie bei ihrem vollen Namen zu nennen und ohne sie als die verhüllte Form der Diktatur der Bourgeoisie zu entlarven!

Gerade das derzeitige undemokratische Wahlrecht, diese gesetzlich sanktionierte Wahlschiebung, bietet die besten Handhaben zu dieser Argumentation. Und gerade das zähe Festhalten der Führung der SPÖ an den undemokratischen Ausnahmebestimmungen des derzeitigen Wahlrechts und ihr fanatisches Bestreben, diese Ausnahmebestimmungen noch zu verschärfen, bieten die schlagendsten Argumente zur Entlarvung

## KEIN FÜHRUNGSANSPRUCH !

In einem Leitartikel der "Volksstimme" vom 25. Juni 1964 lesen wir,

> daß weder das Einparteiensystem, noch die Wahl in einem Wahlblock verbündeter Parteien ohne Gegenkandidaten Wesensbestandteile des Sozialismus und Kommunismus sind. Wir österreichischen Kommunisten, die auf friedlichem Weg den Sozialismus anstreben, beanspruchen für uns keine Führungsrechte

Man muß dieses leisetreterische Kauderwelsch mehrmals lesen, um seine ganze Tragweite zu begreifen. Die Revisionisten im ZK können sich also vorstellen, daß sich der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in Österreich folgendermaßen vollziehen könnte:

a) auf friedliche Weise,
b) ohne Einparteiensystem und ohne Wahlblock verbündeter Parteien, d.h. also im Gegeneinander mehrerer, sich bekämpfender Parteien,
c) ohne führende Rolle einer kommunistischen Partei.

Die Ablehnung der proletarischen Revolution, der Verzicht auf die Aufhebung der bürgerlichen Demokratie und auf ihre Ersetzung durch die proletarische, die Verneinung der Vortrupp-Rolle der Kommunisten und die Ablehnung der Diktatur des Proletariats - all das ist hier vereinigt.

Die Revisionisten im ZK haben die "weiche Welle", die sie gegenüber den rechten SP-Führern eingeschaltet haben, auch mit der Behauptung zu rechtfertigen versucht, daß diese Führer jetzt endlich das Koalitionsdenken zurückgestellt und ihren "Führungsanspruch" angemeldet hätten - denselben Anspruch, den die Revisionisten vom Schlage Kostmanns jetzt öffentlich abgemeldet haben. Sie übernehmen gerne die Rolle irgendeines Schmiedls und weisen der rechten SP-Führung neidlos die des Schmiedes zu.

Man könnte lachen darüber - wenn es nicht unsere Partei wäre, die hier so dienstfertig ans Hinterteil der SP geklebt wird.

dieser sich so scheinheilig als Vorkämpfer und Hüter der Demokratie gebärdenden Söldnertruppe der Bourgeoisie.

Man kann also den Kampf um die Wahlrechtsreform nicht erfolgreich führen, ohne gerade in diesem Kampf immer wieder und unmißverständlich auf das Hauptziel - die Ersetzung der bürgerlichen Demokratie durch die proletarische - hinzuweisen. Wenn die Bourgeoisie dazu gezwungen werden soll, auf einem ihr so bedeutsamen Gebiet ein so schmerzliches Zugeständnis zu machen, dann muß ihr klar und unmißverständlich vor Augen geführt werden, daß ihr auf diesem Gebiet ein noch schmerzlicherer Verlust droht, wenn sie dieses Zugeständnis verweigert!

Die Linie, die unsere Parteiführung dem Kampf um die Wahlrechtsreform aufgeprägt hat, verläuft aber IN ENTGEGENGESETZTER RICHTUNG !

- Anstatt das gegenwärtige Wahlrecht als ein natürliches Produkt der Verlogenheit der bürgerlichen Demokratie zu entlarven, wird es als ein ihrer unwürdiger Mangel hingestellt, als ein Schönheitsfehler verniedlicht!
- Anstatt dieses undemokratische Wahlrecht als Beweismittel für die Notwendigkeit der Beseitigung der bürgerlichen und ihrer Ersetzung durch die proletarische Demokratie zu verwenden, wird von der Möglichkeit und Notwendigkeit der "Erneuerung" der Demokratie gesprochen!
- Anstatt die bürgerliche Demokratie bei ihrem vollen und richtigen Namen zu nennen und damit ihren Klassencharakter zu enthüllen, wird von Demokratie schlechthin gesprochen, als ob sie eine über den Klassen stehende Staatsform wäre!
- Anstatt die Führer der SPÖ als Verteidiger der bestehenden und Einpeitscher noch ärgerer undemokratischer Wahlrechtsbestimmungen im Interesse der Bourgeoisie anzuprangern, werden sie als Bundesgenossen im Kampf um den Sozialismus angepriesen, denen man bloß die richtigen Ratschläge geben müsse, um sie auf den rechten Weg zu führen!
- Anstatt den Kampf um die Wahlrechtsreform als Teilkampf eines umfassenderen und ihm übergeordneten Kampfes um die Ersetzung der bürgerlichen Demokratie durch die proletarische zu führen, wird er umgekehrt als Hauptkampf geführt, dem alle anderen Kämpfe untergeordnet werden und zu dessen gunsten auf den Hauptkampf überhaupt verzichtet wird!

Diese Fehler kommen nicht von ungefähr. Sie sind die logische Folge der revisionistischen Entartung unserer Parteiführung, die durch den 20. Parteitag der KPdSU ausgelöst wurde.

Der schrittweise Abbau der revolutionären Grundsätze des Marxismus-Leninismus, deren Richtigkeit durch die Errichtung des Sozialismus in einem Drittel der Welt - eben infolge konsequenter Anwendung dieser Grundsätze! - unumstößlich bewiesen wurde, hat in den Köpfen der

modernen Revisionisten folgende absonderliche Blüten kleinbürgerlicher Beschränktheit hervorgebracht, die sich als "schöpferische Weiterentwicklung des Marxismus" aufplustern:

1. Es sei unzweckmäßig, von bürgerlicher Demokratie zu sprechen. Man spreche die Massen besser an, wenn man einfach von Demokratie rede. Der Begriff "Diktatur des Proletariats" stoße so sehr auf Ablehnung, daß er außerhalb der Partei überhaupt nicht mehr in den Mund genommen werden solle.

2. Die "Demokratie" könne und müsse so "erneuert und erweitert" werden, daß sie sich in eine "echte", "wirkliche" Demokratie verwandle.

(Fortsetzung auf Seite 6)

---

# MITTEILUNG

AUF EINLADUNG DES ZENTRALKOMITEES DER PARTEI DER ARBEIT ALBANIENS VERBRACHTEN IN DEN VERGANGENEN WOCHEN 17 AKTIVISTEN DER "ROTEN FAHNE", UNTER IHNEN DER HERAUSGEBER DER ZEITUNG, FRANZ STROBL, IHREN URLAUB IM SOZIALISTISCHEN ALBANIEN. DIE ÖSTERREICHISCHEN MARXISTEN-LENINISTEN, VON DENEN MEHR ALS DIE HÄLFTE MIT EIGENEN FAHRZEUGEN REISTE, UNTERNAHMEN TEILS EINZELN, TEILS IN GRUPPEN, AUSGEDEHNTE STUDIENFAHRTEN IN DIE WICHTIGSTEN POLITISCHEN, WIRTSCHAFTLICHEN UND KULTURELLEN ZENTREN DES LANDES, BESUCHTEN EINE VIELZAHL VON FABRIKEN, LANDWIRTSCHAFTLICHEN GENOSSENSCHAFTEN UND ANDEREN EINRICHTUNGEN, WOBEI SIE UMFANGREICHES INFORMATIONSMATERIAL ÜBER ALBANIEN SAMMELTEN.

IM RAHMEN EINER REIHE HOCHINTERESSANTER UND INFORMATIVER AUSSPRACHEN MIT FÜHRENDEN VERTRETERN DER ALBANISCHEN PARTEI UND REGIERUNG WURDE DER HERAUSGEBER DER "ROTEN FAHNE" AM 24.JULI AUCH VON GENOSSEN ENVER HODSCHA, ERSTER SEKRETÄR DER PARTEI DER ARBEIT ALBANIENS, EMPFANGEN. AN DER MEHRSTÜNDIGEN, IN BETONT HERZLICHER ATMOSPHÄRE GEFÜHRTEN AUSSPRACHE, BEI DER SICH GENOSSE ENVER HODSCHA ALS ÜBER DIE KAMPFBEDINGUNGEN SOWIE ÜBER DIE GESCHICHTE DER REVOLUTIONÄREN ARBEITERBEWEGUNG ÖSTERREICHS AUSGEZEICHNET INFORMIERT ERWIES, BETEILIGTEN SICH AUCH DIE GENOSSEN MEHMET SHEHU, MITGLIED DES POLBÜROS UND VORSITZENDER DES MINISTERRATES, DIE GENOSSEN HYSNI KAPO UND RAMIZ ALIA, MITGLIEDER DES POLBÜROS UND DES SEKRETARIATS DER PDA, SOWIE GENOSSE PIRO BITA, LEITER DER AUSSENDIREKTION DES ZK DER ALBANISCHEN PARTEI. MIT GROSSER GEDULD UND AN HAND ZAHLREICHER DETAILS BEANTWORTETEN DIE GENOSSEN ALLE AN SIE GERICHTETEN FRAGEN.

EINER EINLADUNG DER ALBANISCHEN GENOSSEN FOLGEND, SPRACH DER HERAUSGEBER DER "ROTEN FAHNE" IN EINER REIHE GLÄNZEND BESUCHTER UND VON LEBENDIGEM PROLETARISCHEM INTERNATIONALISMUS GETRAGENEN KADERVERSAMMLUNGEN ÜBER PROBLEME DES KAMPFES GEGEN KAPITALISMUS, RECHTSSOZIALISMUS UND MODERNEN REVISIONISMUS.

IN IHREN KOMMENDEN NUMMERN WIRD DIE "ROTE FAHNE" ÜBER DIE EINDRÜCKE UND ERFAHRUNGEN DER ÖSTERREICHISCHEN MARXISTEN-LENINISTEN IM SOZIALISTISCHEN ALBANIEN AUSFÜHRLICH BERICHTEN.

3. Zwecks "Erneuerung und Erweiterung der Demokratie" müsse man sich mit den Führern der SP und der anderen "demokratischen Parteien" verbünden, sie teils wohlwollend kritisieren, teils selbstlos unterstützen.

4. Im Bündnis mit den Führern der SP und der anderen "demokratischen Parteien" könne man eine fortschrittliche Mehrheit im Parlament erreichen und dieses so zu einer wirklichen Volksvertretung umwandeln.

5. All das erleichtere die Durchführung der proletarischen Revolution und ermögliche ihren friedlichen Verlauf.

Sieht man von der im Punkt 5 wiedergegebenen Phrase ab, die eine höfliche Verbeugung vor der revolutionären Vergangenheit der Partei und dem revolutionärem Empfinden der meisten und besten Parteimitglieder darstellt, so ist das im Prinzip nichts anderes als die alte reformistisch-revisionistische Theorie vom H i n e i n w a c h s e n i n d e n S o z i a l i s m u s. Dieses mit Verlaub zu sagen "theoretische

---

AN DAS
ZENTRALKOMITEE DER PARTEI DER ARBEIT ALBANIENS
T I R A N A

In meinem eigenen sowie im Namen der anderen 16 Aktivisten der "Roten Fahne", die in den vergangenen Wochen ihren Urlaub in Ihrem bewunderungswürdigen Land verbringen konnten, sage ich Ihnen dafür innigsten Dank.

Wir alle sind mit unauslöschlichen Eindrücken über die großartigen Leistungen und Aufbauerfolge des sozialistischen Albanien und erfüllt von tiefen Gefühlen proletarischer Verbundenheit und internationalistischer Kampfbrüderschaft mit dem tapferen Volk und der ruhmreichen Partei Ihres Landes heimgekehrt.

Was wir gesehen und erlebt haben, wird uns helfen, die Lügen und Entstellungen, die heute die alten imperialistischen Landräuber und die Meute der antikommunistischen Journaille in merkwürdiger Eintracht mit den modernen Revisionisten gegen Albanien, diese uneinnehmbare Festung des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus, verbreiten, besser und gründlicher zu entlarven, den Kampf gegen Kapitalismus und Revisionismus noch entschlossener zu führen.

Es lebe der Marxismus-Leninismus!

Es lebe die beispielhafte marxistisch-leninistische Partei der Arbeit Albaniens, die unter Führung des Genossen Enver Hodscha erfolgreich den Sozialismus aufbaut und an vorderster Front des internationalen Kampfes gegen den Revisionismus steht!

Es lebe die brüderliche Kampfgemeinschaft der Marxisten-Leninisten aller Länder!

(Franz Strobl)

WOHER STAMMEN DIESE SCHLAGZEILEN???

**Neuer Papstappell gegen den Atomkrieg**

**Feuerbestattung kirchlich zugelassen**

**Katholische Baby-Pille?**

**Der Vatikan beschäftigt sich mit Fragen der Empfängnisverhütung**

**Katechismusreform angekündigt**

**Kardinal König des Krypto-kommunismus beschuldigt**

**Wer steht hinter italienischen Presseangriffen auf Wiener Erzbischof?**

Falsch geraten! Nicht aus dem Kirchenblatt, sondern aus der "Volksstimme" vom Juli d.J. Leider hatten wir nicht die Zeit, alle Nummern dieses Monats nach solchen Meldungen zu durchsuchen, auch verlieren die Beispiele natürlich an Wirkung, wenn der dazugehörige schmalzige Text fehlt. Doch dem Einsichtigen genügt es! Seit Nikitas Tochter und Schwiegersohn beim Papst waren und sich nur zutiefst gerührt wieder von dort entfernen konnten, beginnt auch das Zentralorgan der KPÖ allmählich einzusehen, welch segensreiche und verteidigungswürdige Institution die Kirche ist. Wohl bekomms!

---

Rüstzeug" konnte in der Praxis gar keine andere Linie des Kampfes um die Wahlrechtsreform zulassen.

Entsprechend Punkt 1 mußte die Parteiführung sich vorbehaltslos zur "Demokratie" bekennen. Sie hielt sich anscheinend zu einem solchen Bekenntnis verpflichtet, ehe sie sich berechtigt glaubte, an die"Demokratie" die Forderung zu stellen, demokratisch zu sein. Auf ihrer Jagd nach einem guten Leumundszeugnis griff sie begeistert jede gegnerische Feststellung auf, daß die Kommunisten sich unter dem wohltuenden Einfluß Chruschtschows grundlegend geändert hätten. So wies sie die Bemerkung des SP-Führers Klenner, daß die KPÖ eine staatsbejahende - nämlich eine diesen b ü r g e r l i c h -demokratischen Staat bejahende! - Partei geworden sei, nicht nur nicht zurück, sondern vermerkte sie mit viel Stolz und Freude. Mit gleichem Stolz verwies sie selbst auf ihre Verdienste als Mitbegründerin unserer Demokratie. Dabei scheint es ihr garnicht mehr zum Bewußtsein zu kommen, daß zwischen der Zerschlagung der faschistischen Fremdherrschaft und der Wiedererrichtung und dem Wiederaufbau der bürgerlichen Demokratie ein p r i n z i p i e l l e r U n t e r s c h i e d besteht!

Nach Punkt 2 und 3 kann und darf die Parteiführung die historische Rolle der SP-Führer, die kapitalistische Gesellschaftsordnung um jeden Preis - auch um den der Aufpäppelung des Faschismus wie im Falle der FPÖ - vor der proletarischen Revolution zu beschützen, nicht mehr aufzeigen. Die klassenfeindliche Politik der SP-Führung darf nach dieser Theorie nicht mehr als logische Folge ihrer historischen Rolle erklärt, sie darf nur mehr als wohlgemeintes, aber leider nicht richtiges Konzept kritisiert werden. Die SP-Führer dürfen nicht mehr bekämpft, sondern nur mit freundschaftlichen Ratschlägen versorgt werden, wie sie ihre Aufgabe besser erfüllen könnten. Ihre antidemokratischen Eskapaden der politischen Aufwertung und wahlarithmetischen Aufblähung der FPÖ dürfen nur mehr so zart kritisiert werden, daß ihnen dadurch ihre Bereitschaft, unsere Bundesgenossen im Kampf für den Sozialismus zu bleiben, nicht verleidet wird.

Nach Punkt 4 ist aber die parlamentarische Vertretung die entscheidende Voraussetzung für die Errichtung des Sozialismus. Daher macht man den Kampf um die parlamentarische Vertretung und zunächst um die Wahlrechtsreform zur Hauptaufgabe der Partei und unterordnet ihr jeden anderen Kampf.

Die Parteiführung scheint vom Ergebnis ihres Kampfes um die Wahlrechtsreform überrascht zu sein. SIE KANN ES NICHT VERSTEHEN, DASS MAN ZU DEN SO BRAV GEWORDENEN KOMMUNISTEN NOCH SCHLIMMER IST, ALS MAN ES ZU DEN NOCH NICHT BRAV GEWORDENEN WAR. Sie kann nicht begreifen, daß man ihr für ihr Bekenntnis zur "Demokratie" nicht nur kein Stückerl "Erneuerung" und "Erweiterung" zugestehen, sondern im Gegenteil ein Stück alte "Demokratie" wegnehmen und eine gehörige Portion Einengung der Demokratie aufhalsen will. Sie kann es sich nicht erklären, warum die SP-Führer ihr zum Dank für die ehrenvolle Ernennung zu Bündnispartnern im Kampf um den Sozialismus Mandate stehlen wollen und Fußtritte versetzen.

Sie kann vor allem nicht verstehen, warum eine so gute "neue" Linie, die in anderen Ländern teilweise zu Wahlerfolgen der Kommunisten geführt hat, bei uns so gänzlich versagt.

Nun, die Geschichte der Arbeiterbewegung - und gerade auch der österreichischen - beweist, daß ein Abgleiten zum Reformismus und Revisionismus von Wahlerfolgen begleitet sein kann. So war es ja auch bei unserer Sozialdemokratie. Sie wandte sich vom revolutionären Weg ab und hatte doch gewaltige Wahlerfolge. Aber die Geschichte der Arbeiterbewegung beweist auch, daß keine einzige dieser revisionistischen Parteien - trotz aller Wahlerfolge - imstande war, den Sozialismus zu erkämpfen. Im Gegenteil, je weiter sich diese Parteien von den revolutionären Grundsätzen entfernten und je größer ihre darauf gegründeten Wahlerfolge wurden, desto weiter rückte auch der Sozialismus in die Ferne!

In Frankreich und Italien spielt sich heute ähnliches ab. Das Abgehen vom revolutionären Weg, das Abgleiten in den Revisionismus ist in die-

sen Ländern von Wahlerfolgen der Kommunisten begleitet. Diese Wahlerfolge werden als "Beweis für die Richtigkeit" des eingeschlagenen Weges ausgegeben. Sie begünstigen und beschleunigen aber die revisionistische Entartung und bringen den Sozialismus nicht näher.

Aber während es in diesen Ländern wenigstens Wahlerfolge der Kommunisten gibt, sehen die Revisionisten in unserer Parteiführung sich vom Unglück verfolgt. IHR ABGLEITEN ZUM REVISIONISMUS FÜHRT NICHT EINMAL ZU WAHLERFOLGEN, SONDERN IM GEGENTEIL ZU IMMER KATASTROPHALEREN RÜCKSCHLÄGEN! Sie haben eben noch nicht begriffen, daß in Österreich, wo es bereits eine so starke reformistische Arbeiterpartei wie die SPÖ gibt, kein Bedarf an einer zweiten besteht! Wenn auch die österreichische Bourgeoisie und die SPÖ die revisionistische Entwicklung unserer Partei begrüßen, so stehen sie doch nicht darauf an, sich diese Entwicklung auch etwas kosten zu lassen. Wäre unsere Partei so stark wie die französische oder italienische Partei und wäre unsere sozialistische Partei so schwach wie diese Parteien in Italien und in Frankreich, dann wäre auch die österreichische Bourgeoisie und unsere SP-Führung bereit, sich die revisionistische Zersetzung etwas kosten zu lassen.

Wenn unsere Parteiführung all das nicht erkennt und wenn sie es nicht sehr bald erkennt, wird sie weder eine weitere Verschlechterung der Wahlgesetze, noch einen weiteren empfindlichen Wählerschwund verhindern können! Nicht im reformistischen Wettbewerb mit der SPÖ, sondern in der Wiederbesinnung auf die revolutionären Grundsätze des Marxismus-Leninismus und in ihrer praktischen Anwendung liegen alle unsere Chancen auch im Kampf um eine parlamentarische Vertretung.

---




„Achtung, da kommt unser Teilchen geflogen!"

Graffito, „Tribune" (London)

DIE NÄCHSTE NUMMER DER 'ROTEN FAHNE' ERSCHEINT AM 1. SEPTEMBER

## ZUR PILGERFAHRT DER KPÖ-FÜHRER ZU DEN JUGOSLAWISCHEN REVISIONISTEN

**GEBROCHEN!**

Im Herbst 1960 traten in Moskau die Vertreter von 81 kommunistischen und Arbeiterparteien zusammen, um ein programmatisches Dokument zu beschließen, in dem die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung festgelegt wurde. Die Vertreter der KPÖ haben nicht nur ebenfalls ihre Unterschrift unter die Erklärung gesetzt, sondern in einem besonderen Beschluß einer Plenartagung des ZK ausdrücklich die restlose Einhaltung der Bestimmungen der Moskauer Erklärung geschworen. Im folgenden Faksimiles aus den diesbezüglichen von der KPÖ herausgegebenen Materialien:

### Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien

Die Führer des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, die den Marxismüs-Leninismus verrieten, indem sie ihn für veraltet erklärten, haben der Moskauer Deklaration der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1957 ihr antileninistisches revisionistisches Programm entgegengestellt. Sie haben den BdKJ der gesamten kommunistischen Weltbewegung entgegengestellt, ihr Land vom sozialistischen Lager losgerissen, es von der sogenannten Hilfe der amerikanischen und anderen Imperialisten abhängig gemacht und damit die Gefahr heraufbeschworen, daß das jugoslawische Volk seiner im heroischen Kampf erzielten revolutionären Errungenschaften verlustig geht. Die jugoslawischen Revisionisten betreiben eine Wühlarbeit gegen das sozialistische Lager und die kommunistische Weltbewegung. Unter dem Vorwand einer blockfreien Politik entfalten sie eine Tätigkeit, die der Einheit aller friedliebenden Kräfte und Staaten Abbruch tut. Die weitere Entlarvung der Führer der jugoslawischen Revisionisten und der aktive Kampf dafür, die kommunistische Bewegung wie auch die Arbeiterbewegung gegen die antileninistischen Ideen der jugoslawischen Revisionisten abzuschirmen, ist nach wie vor eine unerläßliche Aufgabe der marxistisch-leninistischen Parteien.

### Resolution des Zentralkomitees der KPÖ vom 20. Dezember 1960

**Das Zentralkomitee der KPÖ stimmt den Beschlüssen der Moskauer Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien im November 1960 vollinhaltlich zu**

Die Moskauer Erklärung ist niemals - weder in ihrer Gesamtheit noch auch in irgendwelchen Einzelheiten - außer Kraft gesetzt worden. Auch der Beschluß des ZK der KPÖ dazu ist noch in Kraft, denn er wurde nie aufgehoben. Selbst auf dem letzten (18.) Parteitag erklärte Koplenig noch mit allem Nachdruck: "UNSERE PARTEI BEKENNT SICH VORBEHALTSLOS ZU DEN BESCHLÜSSEN DER MOSKAUER KONFERENZ."

Mit welchem Recht ist aber dann vor kurzem derselbe Koplenig nach Jugoslawien gefahren, um Tito und Rankowitsch seine Aufwartung zu machen? Mit welchem Recht scharwenzelte dann die aus Fürnberg, Muhri, Gaisch und Kalt bestehende ZK-Delegation in Jugoslawien herum? Und mit welchem Recht betreibt der Revisionistenklüngel im ZK dann die derzeitige Propagandakampagne zugunsten der Titoclique?

---

**Eine ausführliche Untersuchung über die Zustände im angeblich sozialistischen Jugoslawien folgt in der nächsten Nummer !**

---

# DINGE, DIE ZU DENKEN GEBEN

## EIN LOB

"Wenn heute manchmal behauptet wird, die ungarischen Freiheitskämpfer von 1956 hätten 'letzten Endes nun doch gesiegt', dann wäre ein solches Urteil wahrscheinlich zuviel Vorschuß auf eine Entwicklung, die noch ein gutes Stück weiterführen müßte, um in diesem Sinn diskutierbar zu sein.
Aber sie verläuft seit einigen Jahren zweifellos in eine Richtung, die dorthin weist, wohin Chruschtschow und Kadar einem Imre Nagy vor acht Jahren zu folgen n o c h n i c h t bereit waren.
Aber nun ist es Kadar selbst, der sie - wenn auch behutsam und mit vielen eingebauten Bremsen - eingeschlagen hat."

(Aus der "RIEDER VOLKSZEITUNG" der ÖVP vom 9.Juli 1964)

## Bomben auf Peking oder nur auf Hanoi?

...hat der amerikanische Verteidigungsminister McNamara, wie die Öffentlichkeit erst jetzt erfuhr, vor dem außenpolitischen Ausschuß des amerikanischen Senats am 23. Juni erklärt, daß die Vereinigten Staaten tatsächlich bereit seien, die Ausweitung des Südvietnamkrieges zu riskieren.

Admiral Felt, der vier Tage zuvor auf einer Pressekonferenz in Formosa verkündet hatte: „Die USA sind bereit, einen Krieg mit dem kommunistischen China zu riskieren.

(Aus der "AZ" v.11.7.)

Man sieht, auch die USA-Imperialisten beginnen, "Vernunft" anzunehmen und den Wert des Friedens zu schätzen!

## Preistendenz steigend

Die "Volksstimme" vom 24.Juli, die mit obiger Meldung die Teuerung in Österreich anprangert, hat natürlich recht: diese Teuerung ist typisch für die kapitalistische Wirtschaft, ist eine hinterhältige Form der Ausbeutung und Prellung der Massen des arbeitenden Volkes.

Unmittelbar vor dem 24.Juli erreichte uns aber auch eine andere Teuerungsmeldung, die wir in der "Volksstimme" vergeblich suchten - die Meldung über die neue TEUERUNGSWELLE IN JUGOSLAWIEN. Ab 20.Juli wurden dort, kurz nachdem die Fleischpreise um 20 - 50 Prozent erhöht wurden, die Preise wie folgt hinaufgesetzt:

| | |
|---|---|
| Brot................. | 24 Prozent |
| Zucker............... | 24 -"- |
| Milch................ | 8 -"- |
| Speiseöl............. | 12,5-"- |
| el.Strom............. | 20 -"- |
| Kohle................ | 10 -"- |

Als "Ausgleich" hat man den Arbeitern (siehe die berüchtigten "Lohn-Preis-Pakte" bei uns) eine kleine Lohnerhöhung ab 1.August zugestanden.

Vor kurzem war eine KPÖ-Delegation in Jugoslawien und versucht jetzt, bei uns verstärkte Propaganda für das dortige System zu machen. Doch wir können ihnen jetzt schon prophezeien: Für einen "Sozialismus" jugoslawischer Art werden sie buchstäblich keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken. Die Zustände im Lande Titos als Sozialismus zu bezeichnen, ist glatte Sabotage an der sozialistischen Idee.

*Stärker als Stalin prägen Wildwestfilme und Jazzplatten die heutige tschechische Jugend.*

Vorstehender Satz findet sich in einem ganzseitigen Bildbericht der "Arbeiter-Zeitung" vom 30.Juli, der sich mit den Bemühungen der Revisionisten beschäftigt, der CSSR "wieder ein westliches Vorkriegsaussehen zu geben". L e i d e r können wir im vorliegenden Fall nicht sagen, daß die AZ lügt!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

**Rote Fahne**

ORGAN DER MARXISTEN-LENINISTEN IN DER KPÖ

Jgg. 1964/3(?) 1.Februar Einzelpreis S 3,-

Jahresabonnement . . . . . S 65,-
Halbjahresabonnement . . . S 35,-
(Postscheckkonto Nr.173.848)

## "NIKITAS AUSDRUCKSVOLLER ZEIGEFINGER"

Verständlicherweise hat das in der "Volksstimme" vom 21.Juni veröffentlichte Bild Chruschtschows, das ihn mit belehrend erhobenem Zeigefinger (siehe gegenüberliegende Seite) darstellt und den humoristischen Text trägt "Nikitas ausdrucksvoller Zeigefinger im Gespräch mit Ministerpräsident Krag und dessen Frau", viel Gelächter ausgelöst. Die Stilblüte ist nicht nur - wie viele andere - ein Produkt journalistischer Überanstrengung, in diesem Falle einer Lobhudelei, die mit der Vernunft auch das Sprachgefühl verloren hat. Sie ist vielmehr deswegen so typisch, weil sie die Faszination erkennen läßt, mit der manche Leute auf den Taktstock bzw. Zeigefinger schauen, von ihm so beeindruckt, daß sie auf die Person, die ihn schwingt, beinahe vergessen.

Doch tatsächlich: Nikitas Zeigefinger hat erstaunliche Kräfte. Er hat, wie die "Volksstimme" in diesen Tagen zeigte, den revisionistischen Schäfchen in Österreich, die sich fast schon verirrt hatten, wieder den rechten Weg gewiesen:

Im Wonnemonat Mai glaubte man noch, den Mut haben zu dürfen, sich bezüglich der von Chruschtschow so dringend geforderten INTERNATIONALEN SPALTERKONFERENZ ein paar winzige Quasi-Einschränkungen zu erlauben. "Was die Stellung unserer Partei zur internationalen Konferenz betrifft, so betrachten wir eine solche als nützlich, die durch Konsultationen zwischen den Parteien gründlich vorbereitet wird", erklärte Muhri in seinem Plenum-Referat am 6.Mai.

Doch Nikitas Zeigefinger schnellte in die Höhe: "Wir sind entschieden dagegen, daß die Beratung...verschoben wird...Die Notwendigkeit, die Schwierigkeiten (!) in der kommunistischen Weltbewegung zu überwinden (man beachte die Sprache des Zeigefingers!Anmkg.), gebietet nachdrücklich die Abhaltung der Konferenz", rief sein ZK-Sekretär Podgorny auf dem polnischen Parteitag aus, was die "Volksstimme" am 17.Juni unter der dreispaltigen Überschrift "Internationale Beratung so bald wie möglich" meldete. Und zwei Tage später war "Unsere Meinung zur internationalen Konferenz", wie Muhri seinen Leitartikel in der "Volksstimme" vom 19.Juni betitelte, schon entscheidend geändert:

Hieß es noch knapp 6 Wochen früher, die Konferenz müsse "gründlich" bzw. "sorgfältig" (wie es die Plenum-Resolution formulierte) vorbereitet werden, so hieß es jetzt, sie müsse "in absehbarer Zeit" stattfinden, denn die "Chinesen" wollten "Zeit gewinnen" - wohl jene Zeit, die die Revisionisten nicht verlieren dürfen, denn sie arbeitet gegen sie..

Hieß es früher - durchaus im Einklang mit der Moskauer Erklärung der 81 Parteien -, daß die Konferenz "durch Konsultationen" zwischen allen Parteien vorbereitet werden müsse, so wird jetzt auf eine "Mehrheit", die sich angeblich bereits für Chruschtschows Pläne ausgesprochen habe, gepocht und der "Minderheit" das "Vetorecht" abgesprochen, ALS OB NICHT ALLE KOMMUNISTISCHEN PARTEIEN UNABHÄNGIG, SELBSTÄNDIG UND GLEICHBERECHTIGT WÄREN,

als ob nicht die Herbeiführung einer Einstimmigkeit auf Grund von Konsultationen die von allen Parteien feierlich approbierte und unter den heutigen Verhältnissen allein mögliche Norm der Beziehungen zwischen den Bruderparteien wäre!

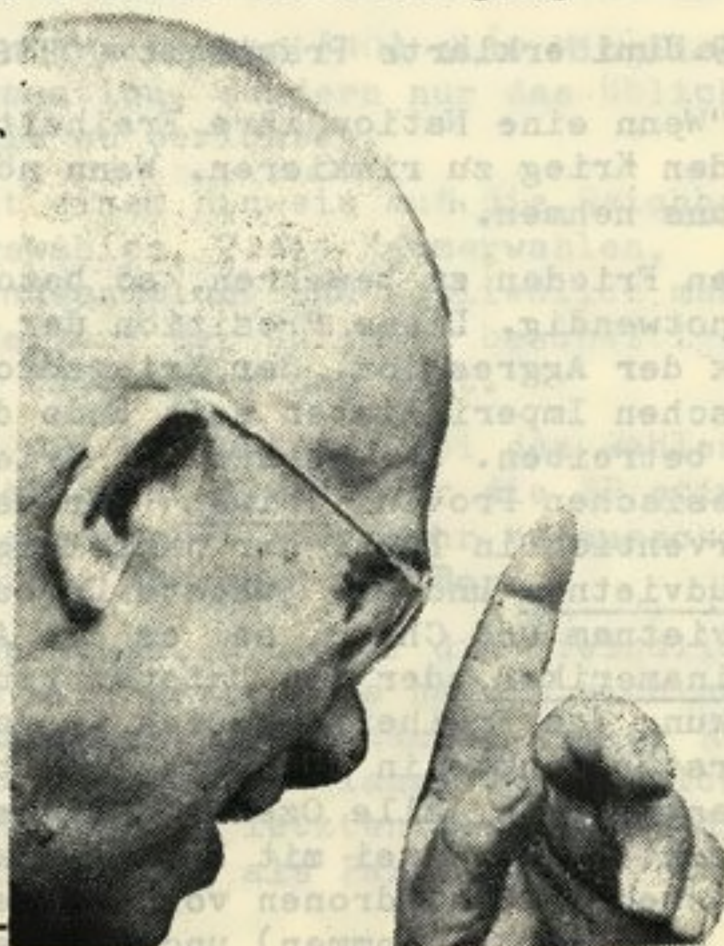
Hieß es im Mai noch, daß "ein Höchstmaß an Einheit" erreicht werden solle, so wird im Juni bereits mit dem drohenden Ausruf: "fraktionelle Spaltergruppen haben auf einer solchen Konferenz nichts zu suchen" - und: "Wer ein Jud ist, bestimm' ich!", sagte schon der selige Lueger - offen für eine Konferenz Stellung genommen, die von vornherein für eine Reihe kommunistischer Parteien gesperrt, für eine ganze Reihe anderer kommunistischer Parteien von vornherein völlig unakzeptabel ist, die also lediglich dazu dienen könnte, DIE SPALTUNG DER KOMMUNISTISCHEN WELTBEWEGUNG OFFIZIELL ZU VOLLZIEHEN!

Der Hinweis in Muhris Leitartikel auf das angeblich "sozialistische" Tito-Jugoslawien (Notabene: Chruschtschow hat nun auch Nassers Ägypten zu einem sozialistischen Land erklärt, wir können also auf noch allerhand gefaßt sein...) und auf die "Veränderungen und neuen Erfahrungen" seit den internationalen Beratungen von 1957 und 1960 lassen vermuten, daß auf der geplanten Spalterkonferenz auch eine Revision der einhellig gefaßten Beschlüsse der kommunistischen Weltbewegung in aller Form vollzogen werden soll.

Die Marxisten-Leninisten in der KPÖ wenden sich voll Ekel und Empörung von dieser schamlosen Befehlsempfängerei der Revisionisten in der Parteiführung ab, die auf Geheiß des Zeigefingers sogar bereit sind, dem abzuschwören, was sie selbst 6 Wochen vorher auf einer ZK-Tagung beschlossen haben.

Jeder Kommunist, dem die Einheit unserer Weltbewegung am Herzen liegt und der sich vor der österreichischen Arbeiterklasse verantwortlich fühlt, muß mit aller Entschiedenheit diesen Spaltern und Speichelleckern entgegentreten!

Daß auf frischer Tat Ertappte gerne "Haltet den Dieb!" rufen, ist eine alte Erfahrung. Wie dumm sich aber manche dabei anstellen können, hat man erst jüngst erfahren: Genosse Muhri, dessen Einfalt man früher vielleicht rührend finden konnte, der jetzt aber zu immer unappetitlicheren Apparatverrichtungen mißbraucht wird, plapperte in seinem Plenum-Referat Suslow nach: "Die chinesi-



**Nikitas ausdrucksvoller Zeigefinger im Gespräch mit Ministerpräsident Krag und dessen Frau**

"Volksstimme" vom 21. Juni 1964

schen Genossen versuchen", sagte er, "theoretisch zu beweisen, daß die Spaltung...eine völlig gesetzmäßige und natürliche Erscheinung sei." Nun - Muhri weiß eben nicht (und Suslow hat es schon vergessen), daß dieser Beweis im wesentlichen bereits vor einem halben Jahrhundert von Lenin erbracht worden ist ("Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus")! War aber Lenin deswegen ein Spalter? War Karl Marx denn ein Anhänger der Ausbeutung, weil er wissenschaftlich nachgewiesen hat, daß die Ausbeutung eine "völlig gesetzmäßige und natürliche Erscheinung" des Kapitalismus ist?

Solange es Klassen und Klassenkampf gibt, besteht auch der Boden für eine Spaltung der Arbeiterbewegung. Die Spalter vertreten dabei stets die Interessen der Ausbeuterklasse, indem sie die Revolution in Theorie und Praxis verraten, mit den Ausbeutern paktieren und den Massen Illusionen machen. Umgekehrt sind die klassenbewußten Arbeiter stets im Kampf gegen die Spaltung, im Kampf für die revolutionäre Einheit, indem sie eisern an den revolutionären Prinzipien festhalten, für die Reinheit des Marxismus und gegen alle Formen der Vergiftung der Arbeiterbewegung mit bürgerlicher Ideologie kämpfen.

Daß sich revisionistische Renegaten von der kommunistischen Weltbewegung abspalten, ist unvermeidlich. Worauf es ankommt, ist dafür zu sorgen, daß ihre Zahl möglichst klein ist, daß sie möglichst wenig ehrliche Kommunisten irreführen können und daß die große Mehrheit der Kommunisten dem Marxismus-Leninismus, dem proletarischen Internationalismus die Treue hält - allen ausdrucksvollen Zeigefingern zum Trotz!

K.W.

## WER CHINA DER KRIEGSLÜSTERNHEIT BESCHULDIGT, HILFT DER AMERIKANISCHEN KRIEGSVORBEREITUNG

Am 29.Juni erklärte Präsident JOHNSON in einer Rede in Minnesota:

> "Wenn eine Nation ihre Freiheit bewahren will, muß sie bereit sein, den Krieg zu riskieren. Wenn nötig, werden wir dieses Risiko auf uns nehmen."

Um den Frieden zu bewahren, so betonte er, sei eine "Position der Stärke" notwendig. Diese "Position der Stärke" manifestiert sich in der Politik der Aggression, der Kriegsdrohung und des Krieges, die die amerikanischen Imperialisten seit Ende des Zweiten Weltkriegs auf der ganzen Welt betreiben. Sei es nun der Krieg gegen Korea und die Besetzung der chinesischen Provinz Taiwan (Formosa), sei es die offene amerikanische Intervention in Laos, der jahrelange Krieg der amerikanischen Truppen in Südvietnam und die jüngste Drohung der Ausdehnung dieses Krieges auf Nordvietnam und China, sei es die Aggression gegen Kuba und die Staaten Lateinamerikas oder die Unterstützung Tschombes und Adoulas zur Unterdrückung des Freiheitskampfes im Kongo, seien es die amerikanischen Militärstützpunkte in der ganzen Welt oder das System der mit Atomwaffen ausgestatteten, alle Ozeane befahrenden amerikanischen Kriegsflotte (zu den bestehenden zwei mit Polarisraketen ausgestatteten amerikanischen Unterseeboot-Schwadronen vor der westeuropäischen Küste soll im Herbst noch eine dritte kommen) und sei es auch nur der amerikanische Militärkredit von 1.300 Millionen Schilling, den Osterreich vor kurzem erhalten hat und dem ein neuer, größerer folgen soll - überall in der Welt se-

hen wir die Anzeichen dafür: DER IMPERIALISMUS, MIT DEN USA AN DER SPITZE, BEREITET MIT IMMER ZUNEHMENDER INTENSITÄT SEIT JAHREN EINEN NEUEN WELTKRIEG VOR!

Im Finanzjahr 1964, in dem übrigens auch die Staatsschuld der USA ihr höchstes Ausmaß erreicht hat und die höchste Steigerungsquote seit 1945 aufweist (eine Steigerung von 9 Billionen Dollar auf die Rekordhöhe von 324 Billionen Dollar!), haben die Militärausgaben der USA-Regierung einen Rekord von 60 Milliarden Dollar gegenüber 46,7 Milliarden noch im Jahre 1960 erreicht - das ist d i e h ö c h s t e j e m a l s i n F r i e d e n s z e i t e n e r - r e i c h t e S u m m e , höher selbst als zur Zeit des Koreakriegs!

In den Moskauer Dokumenten der kommunistischen Weltbewegung von 1957 und 196o wird klar und unmißverständlich auf die Rolle des Imperialismus im allgemeinen und des amerikanischen Imperialismus im besonderen bei der Vorbereitung eines neuen Weltkrieges hingewiesen.

Man sollte meinen, daß diese Fragen unter Kommunisten keiner Diskussion bedürften und völlig klar seien. Leider aber ist es nicht so. In dem sogenannten " O f f e n e n B r i e f " des ZK der KPdSU, mit dem die Revisionisten ihren öffentlichen Angriff gegen die KP Chinas begannen, ist von all dem nicht ein Hauch enthalten. Dieses Schanddokument des modernen Revisionismus unterschiebt statt dessen der bei weitem volkreichsten Macht des sozialistischen Lagers, der Chinesischen Volksrepublik,




Seit Wochen ist die gesamte Weltpresse voll der erschütternden Nachrichten über den blutigen Rassenkrieg gegen die amerikanischen Neger, die im Musterlande der westlichen Freiheit und Demokratie einer Unterdrückung ausgesetzt sind, die keine Grenzen kennt und der die Regierung JOHNSONS faktisch d i e M a u e r m a c h t . Und ausgerechnet in diesen Tagen blutigster Ausschreitungen gegen die amerikanischen Neger hatte die "ARBEITERZEITUNG", das Zentralorgan der SPÖ, die Stirne, die obenstehend abgedruckte, aufreizend verlogene Karikatur zu veröffentlichen! Wahrlich, dieses Blatt "traut sich was"! (AZ, 5.Juli 1964)

<u>die Absicht, einen neuen Weltkrieg zu entfesseln!</u> Wortwörtlich wird da gesagt:

> "Die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder hätte ihnen (gemeint sind die chinesischen Kommunisten!) sicherlich geantwortet: Haben wir euch etwa gebeten, einen Krieg zu entfesseln und bei der Liquidierung der Imperialisten unsere Länder zu vernichten?"

Wenige Zeilen weiter heißt es in dem Pamphlet:

> "Wir (die Arbeiterklasse, die Werktätigen) sind auch für den Sozialismus, aber wir wollen ihn im Klassenkampf erringen und nicht durch die Entfesselung eines Weltkrieges."

Als direkten Abklatsch dieses "Offenen Briefes", unmittelbar nach seiner Rückkehr von seinem Besuch in Moskau verleumdete auch der Generalsekretär unserer Partei, Friedl FÜRNBERG, auf der Plenartagung vom 22.August 1963 die chinesischen Kommunisten, indem er erklärte, daß sie, "ohne jemand zu fragen... kriegerische Maßnahmen <u>beginnen</u>" (er meinte gegen Indien), während es sich dort in Wahrheit bekanntlich so verhielt, daß das sozialistische China nach jahrelangem geduldigen Zuwarten gezwungen war, sich gegen die ständigen und plötzlich akut gesteigerten Aggressionshandlungen der von den USA-Imperialisten unterstützten indischen Reaktionäre durch einen Gegenstoß zur Wehr zu setzen.




In zahllosen seit dem "Offenen Brief" erschienenen Veröffentlichungen der modernen Revisionisten innerhalb und außerhalb der Sowjetunion wird in immer hemmungsloserer Weise die größte Friedensmacht der Welt, das sozialistische China, mit der Beschuldigung verleumdet, daß es nicht für die Verteidigung des Weltfriedens, sondern für die Entfesselung eines neuen Weltkrieges eintrete.

Am 12.Juni d.J. verdrehte <u>CHRUSCHTSCHOW</u> in einer Rede in Moskau den marxistisch-leninistischen Standpunkt der KP Chinas zur Frage von Krieg und Frieden, indem er sie mit den Worten belehren zu müssen glaubte: "Wir dürfen keine abenteuerlichen Wege gehen. Nur eine Person, die keine Aussichten im Leben sieht, erschießt sich, ertränkt sich oder erhängt sich, oder will einen Weltkrieg beginnen."

Am 15.Mai d.J. erklärte <u>SUSLOW</u>, der führende "Theoretiker" der KPdSU, in seiner Ansprache auf dem Parteitag der französischen KP: "Die Führer der chinesischen kommunistischen Partei besitzen nur Verachtung für den Kampf um den Frieden und sind in Wirklichkeit nur nach Kernwaffen aus und führen eine Politik durch, die zum Atomkrieg führen kann."

Am 30.Juni d.J. griff <u>ZORIN</u>, der Stellvertretende Außenminister der Sowjetunion, die Führer der KP Chinas in der "Iswestija" mit den Worten an: "Die chinesischen Führer stellen sich (indem sie das demagogische Gerede von der"allgemeinen und vollständigen Abrüstung" und der "Nichtverbreitung der Kernwaffen" entlarven, Anmkg.) praktisch auf einen gemeinsamen Standpunkt mit den aggressivsten imperialistischen Kreisen...Der Gedanke, daß

sie (die chinesischen Führer, Anmkg.) ihre eigenen Kernwaffen haben müssen..., kann nur dann entstehen, wenn bei ihnen irgendwelche besonderen Ziele und Interessen entstanden sind, die das sozialistische Lager nicht mit seiner militärischen Macht unterstützen kann."

MIT ANDEREN WORTEN - DAS SOZIALISTISCHE CHINA WIRD DER KRIEGSTREIBEREI BESCHULDIGT UND IHM MIT DEM ENTZUG DES IM SOWJETISCH-CHINESISCHEN BÜNDNISVERTRAGES FESTGELEGTEN MILITÄRISCHEN BEISTANDES GEDROHT !

Die von Chruschtschow und den modernen Revisionisten immer skrupelloser betriebene Politik, einerseits die für die Aggressions- und Kriegspolitik in der Welt verantwortlichen Führer des amerikanischen Imperialismus, wie EISENHOWER, KENNEDY und JOHNSON als "vernünftige" Freunde des Friedens hinzustellen - und dadurch die wahren Kräfte des Friedens in der Welt, das sozialistische Lager, die kommunistische und Arbeiterbewegung, die nationale Befreiungsbewegung, die friedliebenden Staaten und Völker und andere friedliebende Kräfte in Verwirrung zu bringen und ihre Kampfkraft zu lähmen - und andererseits die größte Friedensmacht der Erde, das sozialistische China, als kriegslüstern zu verleumden, IST GLEICHBEDEUTEND MIT EINER UNMITTELBAREN SCHÜTZENHILFE FÜR DIE AGGRESSIONS- UND KRIEGSPLÄNE DER IMPERIALISTEN!

Die Quelle des modernen Krieges ist der Imperialismus. Um den Weltfrieden zu verteidigen muß man daher einen ununterbrochenen Kampf gegen die Aggressions- und Kriegspolitik der Imperialisten führen. Erst durch diesen Kampf,-in dem die schweren Schläge, die der Imperialismus, insbesondere der amerikanische, vor allem in den Sturmzentren der Weltrevolution (Asien, Afrika, Lateinamerika) immer wieder erhält, von besonderer Bedeutung sind - ist es möglich geworden, die Entfesselung eines neuen Weltkriegs durch die Imperialisten zu verhindern.

Wie aber sehen Chruschtschow und die modernen Revisionisten, einschließlich der Führung unserer Partei, die Frage Krieg und Frieden?



Gestützt auf den revisionistischen, dem Marxismus-Leninismus völlig widersprechenden Standpunkt, daß sich mit dem Auftauchen der Atomwaffen die Natur des Krieges qualitativ verändert habe, betreibt Chruschtschow eine Politik des ständigen Zurückweichens und der Kapitulationen vor den Imperialisten, speziell vor den amerikanischen. Wozu kann das führen?

Es führt dazu, daß die aggressiven, zum Weltkrieg treibenden imperialistischen Kräfte dauernd ermutigt und gestärkt werden. Je mehr Zugeständnisse Chruschtschow den Imperialisten macht, desto mehr steigert sich deren Appetit und desto unverschämter werden sie!

Es ist kein Zufall, daß GOLDWATER, der reaktionärste Repräsentant des USA-Imperialismus, einer faschistischen Innenpolitik und der unverhülltesten Weltkriegs- und Atombombenpolitik, zum offiziellen Kandidaten für die amerikanische Präsidentschaft bestimmt worden ist. Das ständige Zurückweichen Chruschtschows und seine Politik der Liebedienerei vor den Imperialisten hat dazu geführt, daß man auch seine "starken" Worte und Gesten nicht mehr ernst nimmt und ist direkt eine Einladung dazu, immer weniger Rücksicht zu nehmen und die Dinge auf die Spitze zu treiben.

Der Abschluß von Chruschtschows Atomtestvertrags mit den Imperialisten, durch den die Atomaufrüstung der Imperialisten gerade auf dem für sie derzeit "interessantesten" Gebiet ("taktische" Atomwaffen, die in unterirdischen Versuchen erprobt werden) l e g a l i s i e r t , zugleich aber den sozialistischen Ländern, insbesonders dem größten sozialistischen Land, der Chinesischen Volksrepublik, die zu ihrer Verteidigung erforderliche Versorgung mit Atomwaffen erschwert wird, hat gemeinsam mit allen anderen von Chruschtschow begangenen Akten der Kapitulation und des Verrates (so vor allem auch in Kuba, im Kongo, in der deutschen Frage usw.) den Appetit der kriegstreiberischen Imperialisten, in erster Linie der amerikanischen Imperialisten, bedeutend verstärkt.

"Appeasement"-Politik, Politik des Nachgebens - das hat die Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs gezeigt - hilft nur den Kriegstreibern und schwächt die Sache des Friedens. Durch die Politik des Nachgebens in München wurde nicht der Frieden gerettet, sondern wurde dem Weltkrieg unmittelbar der Weg geebnet, wurde die damals aggressivste imperialistische Kraft entscheidend gestärkt. Was folgte, war der Zweite Weltkrieg und der militärische Uberfall auf die Sowjetunion. Heute dient den Hauptkräften des Krieges, den USA-Imperialisten, Chruschtschow als "Befrieder".

MAN BRAUCHT DIE STELLUNGNAHMEN, ERKLÄRUNGEN UND DOKUMENTE DER KP CHINAS NUR OHNE ZERRBRILLEN ANZUSEHEN, UM SOFORT ZU ERKENNEN, DASS ES EBEN DIESE ERFAHRUNGEN SIND, VON DENEN DIE CHINESISCHEN MARXISTEN AUSGEHEN, WÄHREND DIE REVISIONISTEN DIESEN RICHTIGEN UND NOTWENDIGEN STANDPUNKT ALS SCHARFMACHEREI UND KRIEGSLÜSTERNHEIT VERLEUMDEN!

Die Feststellung der Moskauer Erklärung von 1960, daß ein neuer Weltkrieg verhindert werden kann, gilt heute wie damals. Aber mehr noch als damals gilt heute auch: DIE VORAUSSETZUNG DAFUR IST DER VERSTÄRKTE KAMPF GEGEN DEN IMPERIALISMUS, VOR ALLEM GEGEN DEN USA-IMPERIALISMUS.

So wie die Kapitulationspolitik gibt auch Chruschtschows Verleumdungstaktik, das volkreichste sozialistische Land der Erde, diesen festen Eckpfeiler der Friedenskräfte in der Welt, der Kriegslüsternheit zu beschuldigen, allen extremen, auch vor dem Verbrechen des Atomkriegs nicht zurückschreckenden Kreisen des USA-Imperialismus (deren offenster Wortführer heute zwar Goldwater, deren offizielle Vertreter aber Johnson ist, wie es vorher Kennedy, Eisenhower, Truman usw. waren) gefährlichen Auftrieb. Der Kampf um eine erfolgreiche Verhinderung eines neuen Weltkriegs macht daher auch den Kampf gegen diese Vorschubleistung der amerikanischen Kriegsvorbereitungen durch die modernen Revisionisten einschließlich unserer Parteiführung z u m d r i n g e n d e n G e b o t.

Walter FREUDMANN

Anmerkung der Redaktion:

Wir danken Genossen Walter Freudmann für die Überlassung des vorstehenden Artikels, der ursprünglich zwar für die in "Weg und Ziel" laufende Diskussion bestimmt war, von dem der Verfasser aber (erst recht nach den Erfahrungen mit seinem Jugoslawien-Artikel, um dessen Veröffentlichung in "Weg und Ziel" er monatelang vergeblich gekämpft hatte) mit Recht annehmen konnte, daß die Revisionisten seine Drucklegung ablehnen würden.

WIR BITTEN UM ZUSENDUNG DER ADRESSEN
VON INTERESSENTEN DER "ROTEN FAHNE"

# DER KAMPF UM UNSER Erdöl

Von einem Betriebsrat

Der Vorstand der Österreichischen Mineralölverwaltung (ÖMV) hat dem Zentralbetriebsrat kürzlich mitgeteilt, daß mehr als 800 Arbeiter und Angestellte, die in den Rohölgewinnungs- und Hilfsbetrieben sowie im Bohrbetrieb beschäftigt sind, laut einer von der ÖMV durchgeführten Betriebsanalyse nicht benötigt würden. Der Zentralbetriebsrat wurde aufgefordert, an der "Lösung dieses Problems" mitzuwirken. Danach könne man eventuell über die Forderung der Belegschaft nach Gewährung einer Dienstalterszulage reden. Mit anderen Worten: Man will den Zentralbetriebsrat zur Mithilfe bei der Entlassung von mehreren hundert Beschäftigten mißbrauchen und ist bereit, sich das sogar etwas "kosten" zu lassen, was man sowieso wird gewähren müssen.

Der geplante Massenabbau ist umso empörender, als es sich hier durchaus nicht um irgendeinen Privatbetrieb, sondern um einen verstaatlichten, nicht um ein nebensächliches Unternehmen, sondern um jenes handelt, das einen der größten Reichtümer unseres Landes verwaltet, das Erdöl. Die Absicht ist ganz klar. Der angekündigte Massenabbau soll ein weiterer Schritt sein, um die österreichische verstaatlichte Erdölindustrie herunterzuwirtschaften und den ausländischen Erdölmonopolisten den Weg zu ihrer Übernahme zu ebnen!

Das Ringen um das österreichische Erdöl hat mit dem Abschluß des Staatsvertrags begonnen. Am Vorabend seines Abschlusses gab es bekanntlich plötzlich "Schwierigkeiten": Die westlichen Erdölmonopolisten hatten plötzlich weitreichende Ansprüche auf die österreichischen Erdölfelder erhoben und drohten, die Staatsvertragsverhandlungen platzen zu lassen, wenn man ihren erpresserischen Forderungen nicht Folge leiste. Die österreichische Regierung beeilte sich, nachzugeben und unterzeichnete das berüchtigte Wiener Memorandum, dessen Bestimmungen sie bis heute geheim hält, dessen Auswirkungen aber umso deutlicher zu spüren sind.



"Wir müßten alle keine Lohnsteuern mehr bezahlen, wenn das Erdöl unser ist!", hieß es vor dem Staatsvertrag. Und "auch die Renten könnten sofort bedeutend erhöht werden, wenn statt den Russen wir unser schwarzes Gold ausbeuten könnten!" Solche und ähnliche Versprechen sind noch in allgemeiner Erinnerung.

Ganz anders wurde es aber, als die Erdölbetriebe tatsächlich in die Hände der österreichischen Regierung übergegangen waren. An die Stelle der alten Schmähs traten über Nacht die neuen: Scheinbar waren die ergiebigsten Quellen plötzlich versiegt. Die Erdölreserven seien weit überschätzt worden, dozierten die "Fachleute". Auf einmal waren die Erdölbetriebe nicht mehr die Goldgrube, als die man sie früher gepriesen hatte, sondern eine Last, war angeblich die Aufrechterhaltung der Arbeit in vielen Betrieben ein "Defizitgeschäft". Später sagte man

es noch deutlicher: Es seien "zu viele Arbeiter" beschäftigt, man müsse sie "leider" entlassen.

Der Versuch, aus Erdöl Wasser zu machen, spielte und spielt eine entscheidende Rolle beim Versuch, das österreichische Erdöl an das Ausland zu verschachern. Denn wozu braucht Österreich "unrentable" Betriebe? Es muß ja geradezu froh sein, wenn sich reiche Ausländer finden, die großherzig genug sind, solche "Defizitbetriebe" zu übernehmen.

Daß die Initiatoren des Wiener Memorandums ihre Pläne dennoch nicht nach Wunsch verwirklichen konnten, lag an dem entschiedenen Kampf der österreichischen Erdölarbeiter. An der Spitze dieser Kämpfe standen die Kommunisten, die die politischen Hintergründe der Machinationen mit unserem Erdöl klar aufzeigten und den Kampf organisierten. Ihre Kampfkraft war damals noch nicht vom Revisionismus untergraben.

Trotz aller Reden über ihre angebliche "Unrentabilität" bewährte sich die österreichische Erdölindustrie als eine äußerst ergiebige Melkkuh. Die Verpflichtungen aus dem Staatsvertrag wurden von ihr gedeckt. Hunderte Millionen Schilling flossen dem Milchstützungsfonds zu. Die NIOGAS, vom ÖVP-Müllner mit einem Grundkapital von nur 100.000 Schilling ins Leben gerufen, wurde von der ÖMV kräftigst aufgepäppelt. Auf Grund eines Vertrages, der eine unverhüllte Subvention bedeutet, bekommt die Niogas das Erdgas zu einem Spottpreis und erzielt aus dem Verkauf horrende Profite. Heute ist es so weit, daß die Niogas, in der die ÖVP diktiert, die gesamte Erdgaswirtschaft Niederösterreichs beherrscht.

Hand in Hand mit solchen "Räumungsverkäufen" geht die offenkundige Sabotage an der ÖMV weiter. Auch die österreichischen Behörden und die zuständigen Ministerien spielen dabei eine wohldurchdachte Rolle. Während den ausländischen Erdölfirmen z.Bsp. ein überaus günstiger Förderzins (6 Prozent) zugestanden wurde, muß die ÖMV mit 15 Prozent mehr als das Doppelte bezahlen. Nach wie vor wird der ÖMV ein eigener Verteilerapparat vorenthalten. Obwohl die Vertriebsgesellschaften von Erdölprodukten - ÖROP und MARTHA - ebenfalls verstaatlicht sind, verhindern gewisse Leute einen Zusammenschluß mit der ÖMV, weil es diese Zersplitterung erleichtert, im Trüben zu fischen und Sand ins Getriebe zu streuen. Auch bei der Vergebung von Schurfrechten wird die ÖMV systematisch benachteiligt.

In diesem Zusammenhang ist übrigens eine Meldung der "Arbeiter-Zeitung" interessant, wonach jetzt auch im B u r g e n l a n d nach Erdöl und Erdgas gebohrt werden soll. Merkwürdigerweise hat die Konzession dazu nicht die ÖMV erhalten, sondern eine ausländische Firma! Wer ist dafür verantwortlich? Im Burgenland wurde bekanntlich nach den heurigen Landtagswahlen der Sozialist BÖGL Landeshauptmann. Es ist derselbe Bögl, für den die Revisionisten in unserer Partei so gerne gestimmt hätten, der jetzt im Burgenland die Schurfrechte an ausländische Firmen vergibt, während bei der ÖMV hunderte Arbeiter wegen "Beschäftigungsmangel" entlassen werden sollen!

Die österreichischen Arbeiter haben im Kampf um das österreichische Erdöl beachtliche Teilerfolge erzielt. Aber der Kampf ist noch nicht

entschieden. Neue Anstrengungen sind notwendig, um diese Teilerfolge zu verteidigen und auszubauen. Sie sind doppelt notwendig, da begründete Sorge besteht, daß die Reaktion die durch den modernen Revisionismus verursachte Schwächung der Zielklarheit und Kampfkraft der Arbeiterschaft zu neuen massiven Vorstößen benützt.

Von besonderer Bedeutung ist nach wie vor der Kampf um die Veröffentlichung der Bestimmungen des "Wiener Memorandums", denn dort liegen viele entscheidende Wurzeln der ständigen Schwierigkeiten der verstaatlichten Erdölindustrie. Wenn die Öffentlichkeit informiert ist, wird es leichter sein, die Machinationen des Auslandskapitals und seiner österreichischen Agenten zu entlarven und zu durchkreuzen.

Entscheidend wichtig ist jetzt der Kampf gegen alle Formen der Sabotage an den österreichischen Erdölbetrieben, das Aufzeigen dieser Sabotage und die Mobilisierung der Arbeiter dagegen. Die Verhinderung aller Abbaumaßnahmen ist nur ein Teil dieses Kampfes. In der ganzen Welt steigt die Erdölproduktion, werden ständig neue Lager entdeckt und erschlossen, wächst der Bedarf an geeigneten Arbeitskräften. Wenn es in Österreich anders ist, so ist bestimmt nicht die Natur daran schuld, sondern gewisse Menschen, denen man das Handwerk legen muß.

Die "Fachleute" in der ÖMV sagen, daß die Förderung in unseren älteren Erdölfeldern unrentabel sei, daß dort zu hohe Förderkosten vorhanden seien, die Sonden daher stillgelegt, das Personal abgebaut werden müsse. Doch das ist gelogen. Wäre es nicht gelogen, so könnte z.Bsp. der private Erdölbetrieb Van Sickle in Neusiedl trotz höherer Betriebskosten und geringerer Förderung nicht immer noch rentabel sein.




Auch der Bau der von den "Fachleuten" so begrüßten Pipeline (Erdölleitung) von Triest nach Wien spielt in diesem Zusammenhang eine fragwürdige Rolle. Durch diese Pipeline werden die ausländischen Ölkönige, vor allem die Amerikaner und Engländer, ihr Erdöl aus dem Nahen Osten nach Österreich pumpen. Dieses Erdöl wird billig sein - nicht nur billiger als das aus unseren alten Feldern, wo die Förderung angeblich jetzt schon unrentabel ist, sondern auch billiger als das Erdöl aus den jüngeren österreichischen Gewinnungen. Pünktlich werden die "Fachleute" dann zur Stelle sein und erklären, daß auch diese Produktion schon "unrentabel" sei und weiteres Personal entlassen werden müsse. Dieses Spiel kann so lange betrieben werden, bis die gesamte verstaatlichte Erdölindustrie zugesperrt ist. Danach wird es freilich auch mit dem "billigen" Öl aus dem Ausland zu Ende sein.

# DER KAMPF UM UNSER Erdöl

Von einem Betriebsrat

Der Vorstand der Österreichischen Mineralölverwaltung (ÖMV) hat dem Zentralbetriebsrat kürzlich mitgeteilt, daß mehr als 800 Arbeiter und Angestellte, die in den Rohölgewinnungs- und Hilfsbetrieben sowie im Bohrbetrieb beschäftigt sind, laut einer von der ÖMV durchgeführten Betriebsanalyse nicht benötigt würden. Der Zentralbetriebsrat wurde aufgefordert, an der "Lösung dieses Problems" mitzuwirken. Danach könne man eventuell über die Forderung der Belegschaft nach Gewährung einer Dienstalterszulage reden. Mit anderen Worten: Man will den Zentralbetriebsrat zur Mithilfe bei der Entlassung von mehreren hundert Beschäftigten mißbrauchen und ist bereit, sich das sogar etwas "kosten" zu lassen, was man sowieso wird gewähren müssen.

Der geplante Massenabbau ist umso empörender, als es sich hier durchaus nicht um irgendeinen Privatbetrieb, sondern um einen verstaatlichten, nicht um ein nebensächliches Unternehmen, sondern um jenes handelt, das einen der größten Reichtümer unseres Landes verwaltet, das Erdöl. Die Absicht ist ganz klar. Der angekündigte Massenabbau soll ein weiterer Schritt sein, um die österreichische verstaatlichte Erdölindustrie herunterzuwirtschaften und den ausländischen Erdölmonopolisten den Weg zu ihrer Übernahme zu ebnen!

Das Ringen um das österreichische Erdöl hat mit dem Abschluß des Staatsvertrags begonnen. Am Vorabend seines Abschlusses gab es bekanntlich plötzlich "Schwierigkeiten": Die westlichen Erdölmonopolisten hatten plötzlich weitreichende Ansprüche auf die österreichischen Erdölfelder erhoben und drohten, die Staatsvertragsverhandlungen platzen zu lassen, wenn man ihren erpresserischen Forderungen nicht Folge leiste. Die österreichische Regierung beeilte sich, nachzugeben und unterzeichnete das berüchtigte Wiener Memorandum, dessen Bestimmungen sie bis heute geheim hält, dessen Auswirkungen aber umso deutlicher zu spüren sind.



"Wir müßten alle keine Lohnsteuern mehr bezahlen, wenn das Erdöl unser ist!", hieß es vor dem Staatsvertrag. Und "auch die Renten könnten sofort bedeutend erhöht werden, wenn statt den Russen wir unser schwarzes Gold ausbeuten könnten!" Solche und ähnliche Versprechen sind noch in allgemeiner Erinnerung.

Ganz anders wurde es aber, als die Erdölbetriebe tatsächlich in die Hände der österreichischen Regierung übergegangen waren. An die Stelle der alten Schmähs traten über Nacht die neuen: Scheinbar waren die ergiebigsten Quellen plötzlich versiegt. Die Erdölreserven seien weit überschätzt worden, dozierten die "Fachleute". Auf einmal waren die Erdölbetriebe nicht mehr die Goldgrube, als die man sie früher gepriesen hatte, sondern eine Last, war angeblich die Aufrechterhaltung der Arbeit in vielen Betrieben ein "Defizitgeschäft". Später sagte man

die ererbte furchtbare Rückständigkeit des Chinas von gestern erringt. Unsere Studienreise haben wir reichlich benützt, um sowohl vom alten als auch vom neuen China so viel als möglich kennenzulernen, mit seinen kleinen und großen Leuten zu sprechen, zu sehen, wie das Volk lebt, arbeitet und seine Freizeit verbringt. So glauben wir, uns wohl ein Urteil über das Gesehene bilden und wissentlich oder unwissentlich verbreiteten Fälschungen entgegentreten zu können.



Pekinger Verkehrsprobleme vor der Befreiung

Wir haben das Leben und Treiben der 7-Millionen-Stadt Peking erlebt, verbrachten einige Tage in der 10 Millionen Einwohner zählenden Industriestadt Schanghai und besuchten auch die 4-Millionen-Stadt Tientsin. Sie alle machen den Eindruck moderner Großstädte und sind von überschäumendem Leben erfüllt. Es wird unerhört viel gebaut und wie man sieht, arbeitet das chinesische Volk mit großem Eifer am Aufbau seines Landes und an der Verschönerung seiner Städte, die ein wahres Paradies für Fotographen sind. Die vielen Bilder, die wir selbst machten, haben schon viel Bewunderung erregt.

Das chinesische Volk ist nicht nur sehr fleißig und arbeitsam, sondern auch überaus lernfreudig. Es ist erstaunlich, wieviel Menschen hier ihre ganze Freizeit zum lesen, lernen und studieren verwenden, mit welcher Energie sie sich zu qualifizieren suchen. Die ständig überfüllten zahllosen Buchläden in den Städten sind dafür typisch. Großen Zuspruch finden auch die Abendschulen in den Betrieben, die Gelegenheit geben, den Lehrstoff von der Grundschule bis zur Hochschule zu studieren. Außerdem gibt es viele fachliche Kurse, da ja eine möglichst große Zahl von Fachkräften herangebildet werden soll.

Was dem Europäer im heutigen China unbedingt auffällt, ist die hohe Moral und die Ehrlichkeit seiner Menschen. Verliert man hier etwas, so ist es soviel wie sicher, daß es bald danach irgendwo gefunden und abgegeben wird.

Wir haben auch viele Betriebe besucht. Stolz zeigte man uns die neuen Maschinen, die bereits von chinesischen Arbeitern und Ingenieu-


Die alte Straßenbahn wurde durch moderne Trolleybusse ersetzt

ren gebaut worden sind. Sie entsprechen allen Anforderungen modernster Technik. Die Arbeitszeit ist 8 Stunden pro Tag mit einer halben Stunde Pause. Vom Lohn gibt es keinerlei Abzüge. In den Betrieben hat man Speisehäuser eingerichtet, in denen man sehr preiswert essen kann. Für die Kinder gibt es Betriebskindergärten und Kinderkrippen. Die medizinische Betreuung der Arbeiter ist kostenlos, nicht arbeitende Familienangehörige bezahlen die Hälfte der angelaufenen Kosten.

Sehr gefördert wird das kulturelle Leben. Es gibt viele Kulturhäuser, in denen jeder, je nach Talent und Interesse, einer Gruppe beitreten kann, um sich in Musik, Tanz, Gesang, Schauspiel, Akrobatik oder auf anderen Gebieten zu betätigen. Auch in den Betrieben gibt es solche Laiengruppen. Wohl auch infolge dieser intensiven kulturellen Tätigkeit finden die Berufskünstler überall außerordentliches Interesse. Die Opern-, Theater- und Ballett-Aufführungen sind vielbesprochene Ereignisse und da die Eintrittspreise niedrig sind, ist stets viel Geriß um die Karten.

In China wird heute auch sehr viel Sport betrieben. Fußball, Korbball, Tischtennis, Schwimmen, Wasserball und im Winter Eislaufen ist sehr beliebt und wird vielfach auch in den Betrieben ausgeübt.

Ein Großteil der chinesischen Arbeiter wohnt in vom Staat errichteten oder fabrikseigenen Wohnungen, die mit Wasserleitung und Gas, zum Teil auch schon mit Zentralheizung ausgestattet sind. Es ist geplant, die alten Häuser, von denen es natürlich noch viele gibt, systematisch niederzureißen und durch Neubauten zu ersetzen. Obwohl das bei den früheren Elendsvierteln schon geschehen ist, bleibt immer noch viel zu tun.

Was kann sich nun der chinesische Arbeiter für sein Geld kaufen? Was bekommt man überhaupt zu kaufen? Gibt es genug Lebensmittel oder gibt es Engpässe in der Versorgung? Das alles fragten wir uns und da es überall genug Geschäfte, Warenhäuser, Märkte und Basare (auf dem Land Konsume) gibt, wo alles Erdenkliche in reicher Fülle zur Verfügung steht, waren unsere Fragen rasch zufriedenstellend beantwortet. Einmal begannen wir unser Tagesprogramm schon ganz früh mit dem Besuch einer der Schanghaier Markthallen. Um 6 Uhr war dort schon Hochbetrieb, um 5 Uhr beginnt der Verkauf. 210 Verkäufer und Verkäuferinnen sind dort am Werk, ihre durchaus nicht anspruchslosen Kunden zufriedenzustellen. Sie setzen in dieser Halle (sie ist 2 Stock hoch und hat eine Fläche von 2.300 Quadratmeter) im Ta-



Ungemein groß ist
das Angebot an
Gemüse und Obst

gesdurchschnitt 100 Schweine, 2.000 kg Geflügel, 40.000 Eier, 22.000 kg Gemüse und unzählige Arten von Fischen, Krebsen usw. um, vor dem Wochenende noch mehr. Die Markthalle wird von den Bewohnern eines Stadtviertels mit 70.000 Einwohnern benützt, da sie aber natürlich nicht die einzige Einkaufsquelle dieses Viertels ist, ist schon klar, daß die Menschen hier nicht schlecht leben. Ständig steigt der Umsatz (hier im letzten Jahr um rund 14 Prozent), aber auch die Qualität der Waren und die Verkaufskultur. Das Geflügel wird zur Erleichterung für die Hausfrau vorbereitet und bratfertig zugerichtet. Auf Bestellung wird auch ins Haus geliefert. Minderwertige oder nicht mehr frische Ware wird rücksichtslos aus dem Verkauf gezogen.

Als wir einige Warenhäuser besichtigten, waren wir von den gepflegten, schön dekorierten Schaufenstern überrascht. Ein Bummel durch die verschiedenen Abteilungen einiger Warenhäuser zeigte uns eine Mannigfaltigkeit an angebotenen Waren, vor allem aber eine Qualität, die sich sehen lassen kann. Die Verkäufer sind ausnehmend freundlich und man spürt, daß sie alles tun, um ihre Kunden zufriedenzustellen. Die Preise sind überall gleich, ob im Großkaufhaus oder im Kleinladen, ob in der Stadt oder auf dem Lande. Die Versorgung der Bevölkerung sowohl mit Lebensmitteln als mit Gebr auchsgütern ist reichlich und tadellos organisiert. Von den modernen Industrieartikeln, die in wachsender Zahl angeboten werden, finden Fahrräder, Radios und Nähmaschinen das meiste Interesse. Viele Arbeiter in den Städten, viele Familien auf dem Lande haben heute bereits Sparguthaben bei den Banken, die ihnen größere Anschaffungen erleichtern.

An Sonntagen strömt alles aus der Stadt. Mit Fahrrädern, Omnibussen, per Bahn oder mit den von den Betrieben zur Verfügung gestellten und mit Bänken versehenen Lastautos fahren die Arbeiter mit ihren Familien hinaus auf das Land. Beliebte Ausflugsorte der Pekinger Bevölkerung sind z.Bsp. die Große Mauer, die Westberge oder der ehemalige Sommerpalast der Kaiserin, wo man auf einem künstlich angelegten See bootfahren, paddeln oder segeln kann. Das Esssen wird wie bei uns meist von daheim mitgenommen und zu Mittag liebt man ein Picknick im Freien.

Aufgefallen ist uns auch, daß man oft alte Menschen sieht, die von den Kindern sorgsam und liebevoll geführt werden. Die Jugend ist sich dessen bewußt, unter welch großen Opfern die ältere Generation all das erkämpft hat, was heute vor allem ihr zugutekommt.

Vergleicht man das Leben des chinesischen Volkes von heute mit dem vor der Befreiung, dann wird klar, welchen beispiellosen Sprung nach vorne die sozialistische Revolution ermöglicht hat.






Georg Hohenecker
Innsbruck
Hallerstraße 194

Innsbruck, 1.Juli 1964

An die Zentrale Schiedskommission
Zentralkomitee der KPÖ

W i e n 20.,
Höchstädtplatz 3

Am 19.Juni wurde mir durch Max Flöckinger namens der Tiroler Landesschiedskommission ein Ausschlußbescheid zugesandt, gegen den ich energische Berufung anmelde.

Meine Gründe sind:

1. In der Ausschlußbegründung heißt es, daß ich seit längerer Zeit ein "parteifeindliches Presseorgan, das sich in irreführender Absicht 'Rote Fahne' nennt", kolportiere, obwohl diese Zeitung angeblich den Grundsätzen und Beschlüssen der kommunistischen Partei widerspricht.

Wahr ist aber, daß ich die "Rote Fahne" gerade deshalb kolportiere,weil sie die kommunistischen Grundsätze, die von den Rechten und Revisionisten in der Parteiführung verraten werden, aktiv verteidigt! Die "Rote Fahne" ist eine marxistisch-leninistische Zeitung, die nicht nur den Standpunkt vieler österreichischer Kommunisten, sondern auch des Großteils der kommunistischen Weltbewegung vertritt und sich an die Beschlüsse der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien von 1960 in Moskau hält. Diese internationalen Beschlüsse besagen, daß der Revisionismus die Hauptgefahr für die kommunistischen Parteien darstellt und daher energisch bekämpft werden muß. Eben das macht die "Rote Fahne"! Diese Beschlüsse besagen weiters, daß die "weitere Entlarvung der Führer der jugoslawischen Revisionisten" und die Abschirmung der Arbeiterbewegung gegenüber ihrer Wühlarbeit und ihren antileninistischen Ideen unsere unerläßliche Pflicht ist. Diese und die anderen Beschlüsse, die niemals widerrufen wurden und daher immer noch gelten, werden nicht von mir oder der "Roten Fahne" gebrochen, sondern von der Parteiführung, die jetzt wieder eine Delegation zur Tito-Clique schickte, nachdem vorher schon Koplenig zu Tito gereist ist. Wo ist da die Abschirmung?

2. So wenig, wie sich die Leute, die meinen Ausschluß durchsetzen wollen, an die politischen Grundsätze der kommunistischen Bewegung halten, so willkürlich gehen sie auch mit ihrem eigenen Parteistatut um. In meinem Fall haben sie es gröblichst verletzt, wogegen ich ebenfalls energisch protestiere.

a) Die sogenannte "Mitgliederversammlung" (oder sogar "Jahreshauptversammlung") der Sektion Pradl-Ost, die den von Flöckinger verlangten Ausschlußantrag behandelte, war garnicht beschlußfähig, weil die überwältigende Mehrheit der Mitglieder garnicht anwesend war, andererseits aber von den fünf Leuten (sage und schreibe: fünf), die für meinen Ausschluß stimmten, zwei Leute garnicht der Sektion angehörten, sondern von anderen Grundorganisationen herbeibeordert worden waren: Bezirkssekretär Stecher gehört der Sektion Bradl-Nord an, Leo Makovec der BO Bahn; beide waren niemals Mitglieder unserer Sektion und nahmen daher bisher auch nie an unseren Mitgliederversammlungen teil. Diesmal sind sie offensichtlich nur gekommen, um eine "Mehrheit" zusammenzukratzen, die in Wahrheit garnicht existiert.

b) Im Parteistatut, § 30, heißt es, daß ein Ausschluß nach Anhörung der betroffenen Person durch die Instanz erfolgen muß, die zur Aufnahme von

Mitgliedern berechtigt ist, nämlich die Bezirksleitung. In meinem Fall wurde die Bezirksleitung aber völlig umgangen, mir wurde kein Beschluß von ihr bekannt, ich wurde von ihr auch nicht angehört, konnte nicht Stellung nehmen - nichts.

c) Auch die Landesschiedskommission hat mich nichteinmal angehört, sondern mir einfach den Ausschlußbescheid geschickt. Nicht einmal meine Fragen, wer dieser Kommission eigentlich angehört, hat man beantwortet.

Aus allen diesen Gründen verlange ich, daß das Ausschlußverfahren für ungültig erklärt und die Parteifunktionäre, die es so willkürlich und statutenwidrig inszeniert haben, über ihre Pflichten belehrt werden.

Mit kommunistischem Gruß

GEORG HOHENECKER

## Entfernung Peter Kammerstätters aus dem ZK beschlossen

Wie wir erfahren, wurde im Polbüro bereits beschlossen, Genossen Peter Kammerstätter auch nicht mehr zur Wiederwahl ins Zentralkomitee der Partei vorzuschlagen, dem er seit 13 Jahren angehört. Diese Entscheidung ist umso bemerkenswerter, als Kammerstätter durchaus kein konsequenter Marxist-Leninist ist und die etwas naive Überzeugung vertritt, man könne den Revisionismus der Parteiführung als Einzelner bekämpfen, und indem man sich gegen gewisse seiner Auswüchse wendet, seine politische Basis - die falschen Theorien des 20.und 22.Parteitags der KPdSU - aber unangetastet läßt.

So unkonsequent die Revisionisten sonst sind - in einem sind sie die Konsequenz selbst: Sobald jemand nur im geringsten wider den Stachel löckt, sobald jemand nicht bereit ist, nur Papagei zu sein, sondern auch einen eigenen Standpunkt hat, wird er für sie schon verdächtig und untragbar.

## Eine Mitgliederversammlung wie viele andere

Am 20.Juni fand im Parteiheim der KPÖ in Traismauer (NÖ) eine Mitgliederversammlung statt. Sie brachte keine Sensation, sondern nur das übliche. Aber gerade darum lohnt es sich, über sie zu berichten.

Der Obmann eröffnete die Versammlung mit einem Hinweis auf die Reichhaltigkeit der Tagesordnung: 1.die Landtagswahlen, 2.die Kammerwahlen, 3.die Gemeinderatswahlen, 4. die Wahlfondssammlung und schließlich müsse man sich auch noch mit den "Blödsinnigkeiten" der Chinesen beschäftigen. Dann übergab der Obmann dem ZK-Mitglied Anton Eder das Wort.

Eder sprach zunächst über die Frage, ob die Kommunisten bei den Wahlen selbständig kandidieren sollten oder vielleicht lieber für die SP stimmen sollteh. In diesem Falle müsse für die Partei aber mehr herausschauen als im Burgenland und dürfe es uns nicht so gehen wie dort.

Dann kam Eder auf die "Rote Fahne" zu sprechen, d.h. auf die "feindliche Tätigkeit", die innerhalb der Partei um sich greife. Es handle sich nur um eine Minderheit und das ZK habe beschlossen, die Anhänger dieser Richtung aus der Partei auszuschließen. Daß Eder selbst lange Jahre solche jetzt verfemte Ansichten vertreten, sich aber im letzten Moment auf die neuen Theorien umgestellt hatte, die man von ihm als Parteiangestellter erwartete, sagte er natürlich nicht.

Schließlich kam das an die Reihe, was schon einleitend als "Blödsinnigkeiten" bezeichnet wurde. Sie waren es tatsächlich. Eder behauptete, daß

die "Chinesen" einen atomaren Weltkrieg vom Zaun brechen, die kommunistische Bewegung spalten wollten, den Grenzkrieg mit China verschuldet hätten, usw.

Eder hätte noch weitererzählt, wenn er nicht Widerspruch gefunden hätte. Es fanden sich Genossen, die nicht zu schlucken bereit waren, was er ihnen vorsetzte. Auch das war keine Sensation, aber es ist das einzige Erfreuliche an dieser Sorte von Mitgliederversammlungen.



## INTERNATIONALE RUNDSCHAU - INTERNATIONALE RUNDSCHAU.

### WIE DIE SOWJETISCHEN REVISIONISTEN DIE DDR BEHANDELN

Der Pressechef der Regierung der DDR, Albert NORDEN, gab im Juni d. J. auf Grund authentischer Dokumente Einzelheiten über die nationalsozialistische Vergangenheit des westdeutschen Präsidenten LÜBKE bekannt. Wie andere Zeitungen veröffentlichte auch die sowjetische Regierungszeitung "Iswestija" diese Mitteilungen. Was aber geschah kurze Zeit darauf? Wie die gesamte Weltpresse meldete - die "Volksstimme" hat das ihren Lesern verschwiegen - hat sich die "Iswestija" am 14.Juli wegen der Wiedergabe dieser DDR-Meldung offiziell bei den Westdeutschen entschuldigt und mitgeteilt, daß ihr Redakteur Lednjew im Auftrag des Chefredakteurs ADSHUBEJ (bekanntlich Schwiegersohn Chruschtschows und extremer Revisionist) diese Entschuldigung in der westdeutschen Botschaft in Moskau vorgetragen habe. Die Meldung aus der DDR sei infolge eines "Versagens" des diensthabenden Redakteurs abgedruckt worden, die "Iswestija" identifiziere sich nicht mit diesen "Schmähungen". Wie den aufgeblasenen Berichten des Bonner Nachrichtendienstes über diese Angelegenheit zu entnehmen war, haben die Bonner Machthaber diese Entschuldigung "studiert" und hatten die Güte, sie schließlich als "ausreichend" zur Kenntnis zu nehmen!

So weit treiben es die Revisionisten also schon. Um die Atmosphäre für ihre diversen Bonn-Besuche zu bessern, behandeln sie die DDR wie einen vorlauten Dienstboten. Es ist klar: wenn es darauf ankommt, werden sie die DDR nicht nur desavouieren, sondern verkaufen und verraten!



### DIE AUSSCHLUSSMASCHINE LÄUFT SCHON

Zei bekannte Funktionäre der Marseiller Organisation der KPF, darunter der kommunistische Vizebürgermeister von St.Savournin, wurden wegen ihrer antirevisionistischen Haltung aus der Partei ausgeschlossen. Wie sie in einem Offenen Brief an die französischen Kommunisten mitteilen, war über den Ausschluß nichteinmal abgestimmt worden. "Wir sind überzeugt, daß die spalterische Tätigkeit einiger Führer der Partei, die illegal und leichtfertig Ausschlüsse durchführen, früher oder später durch alle Genossen, die jetzt schändlich getäuscht werden, verurteilt werden wird", heißt es in dem Offenen Brief.



### DIE USA-LUFTPIRATEN UND DIE "AZ"

Am 7.Juli d.J. hat die chinesische Luftabwehr über Ostchina wieder ein US-Aufklärungsflugzeug des Typs U-2 abgeschossen. Seit September 1962 ist das die dritte dieser hochmoder-

nen, in außergewöhnlicher Höhe fliegenden Maschinen, die unschädlich gemacht werden konnte. In den letzten Jahren wurden außerdem 7 Fernaufklärer anderer amerikanischen Typen über China abgeschossen.
Interessant ist, was die "Arbeiter-Zeitung" dazu schreibt. Mit dem Ausdruck tiefen Bedauerns stellt sie am 9.Juli d.J. fest, daß die VR China heute offenbar "über modernste Raketenbatterien verfügt"und seine Lufthoheit "auch an der Grenze der Stratosphäre zur Geltung bringen" kann.




★

SCHÄDLICHE "ISWESTIJA"

In einem Artikel, in dem sie von den "Kriegstreibern" auf der Rechten wie auf der Linken spricht, vergleicht die "Iswestija" Adshubejs in ihrer Ausgabe vom 10.Juni die chinesischen Kommunisten mit dem reaktionären US-Präsidentschaftskandidaten GOLDWATER, der nach dem Einsatz von Atombomben gegen eben dieses China schreit. Das sowjetische Blatt hat die Kühnheit, zu schreiben, Goldwater habe "die gleiche Philosophie" wie die KP Chinas und seine Stimme klinge der von Peking so ähnlich, daß man sie verwechseln könnte.
Anscheinend hat man in der "Iswestija" noch nicht Muhris Geheimrede auf dem letzten ZK-Plenum der KPÖ gelesen, in der sich Muhri gegen eine so hirnrissige Argumentation wandte, weil sie mehr Schaden als Nutzen stifte.

US-BOMBEN AUF LAOS

Wie übereinstimmenden ausländischen Pressemeldungen zu entnehmen ist, haben 10 amerikanische Düsenflugzeuge Anfang Juni mehrere Tonnen Bomben auf die laotischen Orte Phong Saven, Khang Khay, Xien Khouang und auf die Stadt Can Sing abgeworfen. Die Bomben und gleichzeitig abgefeuerte Raketen haben zahlreiche Opfer verursacht und bedeutende Schäden angerichtet.
In einer Erklärung des Oberkommandos des Pathet Lao wird darauf hingewiesen, daß die Bombardierung der Stadt Khang Khay besonders viele Opfer forderte, weil sie von den US-bombern in eben dem Augenblick durchgeführt wurde, als sich die Stadt auf den Empfang der Vertreter der beiden Vizepräsidenten der Genfer Laoskonferenz vorbereitete.

★

...UND WAS TITOS "BORBA" DAZU SAGT

Das jugoslawische Parteiorgan "Borba" veröffentlichte einen Bericht ihres Washingtoner Korrespondenten, in dem die USA-Regierung als Verteidigerin des Genfer Laos-Abkommens bezeichnet, die fortschrittliche Pathet-Lao-Bewegung jedoch der Verletzung des Genfer Abkommens und der Aggression angeklagt wird. Die Kampfeinheiten des Pathet Lao hätten die Offensive begonnen, behauptet das Blatt, "weil Peking die Politik verfolgt, die USA aus dem südostasiatischen Raum zu verdrängen". Um die Aggression der US-Imperialisten in einem Raum, der von den USA an die 18.000 Kilometer entfernt ist, zu rechtfertigen, erzählt die "Borba" sogar die offenkundige Lüge, daß auf Seiten der Pathet-Lao-Truppen auch nordvietnamesische Einheiten eingesetzt würden.

★

Auch für die kleinste Spende
dankt die "ROTE FAHNE"!

## AUS UNSEREN BRUDERZEITUNGEN

**PROLETARIO**

**Organo de los marxistas-leninistas españoles**

Nº1 FEBRERO 1964

Auf Umwegen und daher mit einiger Verspätung hat uns die erste Nummer einer marxistisch-leninistischen Zeitschrift erreicht, die den Titel "Proletario" trägt und - natürlich illegal und unter großen Schwierigkeiten - in Franco-Spanien verbreitet wird. Der Leitartikel der Zeitung, aus dem wir nachfolgend einiges zitieren, liefert ein interessantes, aufschlußreiches Bild der Situation in der spanischen Arbeiterbewegung, die vor allem durch das *Fehlen einer zentralisierten revolutionären Partei* gekennzeichnet ist.

Für dieses Fehlen kann man - wie der "Proletario" schreibt - durchaus nicht einfach den reaktionären Druck des faschistischen Franco-Regimes, das Verbot und die grausame Verfolgung der revolutionären Kräfte verantwortlich machen. Die Hauptgründe liegen wo anders.

> Sie liegen darin, daß die sowjetischen Revisionisten ihre Politik des "friedlichen Weges zum Sozialismus", der allmählichen "Strukturreformen" und der schrittweisen "Demokratisierung" auch der spanischen Kommunistischen Partei (deren Führer zum Teil seit Jahrzehnten im sowjetischen Exil leben) aufgezwungen hat, obwohl eine solche Ausrichtung zu der in Spanien bestehenden Situation in schreiendem Widerspruch steht.

Die derzeitige Führung der KP Spaniens leugnet die Schärfe des Klassenkampfes im heutigen Spanien, "sie behauptet, daß der Beweggrund der Arbeiter, die in den Streik gehen, der Antifrankismus ist und daß die ideale Lösung ein bürgerlich-demokratischer Staat sei, in dem sich alle Spanier versöhnen...Die falsche und antimarxistische Politik der Führung der Partei, die praktisch eine Verteidigung der Interessen der Kleinbourgeoisie darstellt, ist im Kampf der Arbeiter, während der Streiks, in Gegensatz zu den Interessen des Proletariats geraten. Statt die Führerin des Proletariats im Kampfe zu sein, ist sie ein Hemmnis dieses Kampfes geworden, statt einer Vorhut der Arbeiterklasse wurde sie eine Nachhut der Kleinbourgeoisie. Die Parteiführung hat die KP Spaniens als eine marxistisch-leninistische Partei liquidiert. Heute gibt es daher in Spanien keine Partei, welche die dem Proletariat entsprechenden Ziele zu ihren eigenen macht."

"Viele Genossen haben das verstanden und so sind - wegen dieses Fehlens - eine Reihe von Gruppen und Parteien entstanden, die versuchen, das Proletariat in seinem Kampf zu führen und den infolge des Verrats der Führung der KP Spaniens leer gewordenen Posten zu besetzen. Unglücklicherweise genügen der gute Wille und die Opferbereitschaft nicht, um sich in die führende Partei des Proletariats zu verwandeln. Um das Proletariat führen zu können, ist es notwendig, die gesellschaftliche Wirklichkeit zu erfassen und um diese zu interpretieren, ist ein wissenschaftliches Instrument nötig: der Marxismus-Leninismus."

In den jüngsten Gruppen und Parteien ist das Fehlen des Marxismus evident. Im allgemeinen reagieren sie aus Opposition zur Politik der Führung der KP Spaniens. Sagt diese "friedlicher Weg", so sagen jene "gewaltsamer Weg" und nehmen sich vor, das Proletariat mit einigen Bomben aufzuwecken. Andere glauben, daß einige Guerillos das Problem lösen werden.

Doch zu glauben, daß eine Gruppe von bewaffneten Menschen allein die Revolution machen könne, bedeutet, in denselben Irrtum zu verfallen wie die Führung der Partei: zu vergessen, was das Proletariat ist und was die ausgebeuteten Massen sind. Die Revolution läßt sich nicht machen mit einem Pakt mit Gil Robles oder Ridruejo, noch mit einigen Bomben. Die Revolution werden die durch das Proletariat geführten Ausgebeuteten machen, wenn sie sich ihrer Lage und wie man sich aus ihr befreien kann, bewußt werden, und sie werden sie machen mit der ganzen proletarischen Gewalt, der einzigen, die imstande ist, für immer die bürgerliche Gewalt zu brechen und zu vernichten. WEDER DAS PROLETARIAT OHNE WAFFEN, NOCH WAFFEN OHNE DAS PROLETARIAT!"

"Die Notwendigkeit einer revolutionären Partei ist so klar und so in die Augen springend, daß fast alle Gruppen und Parteien versuchen, sie zu verwirklichen. Sie schlagen dafür zwei Methoden vor. Die eine will eine Front bzw. ein Bündnis von revolutionären Gruppen schaffen, das dann die Rolle dieser Partei spielt. Die andere glaubt, daß der rascheste Weg darin besteht, eine der bestehenden Gruppen zu entwickeln, damit sie die anderen Gruppen aufnehme. In beiden Methoden offenbart sich das gleiche: die Gruppen sind schwach. Ohne sich nach den Ursachen ihrer Schwäche zu fragen, versuchen sie diese durch Summierung oder Integration zu überwinden."

"Die gemeinsamen Kennzeichen aller bestehenden revolutionären Gruppen sind: 1) die ideologische Vielfärbigkeit, d.h. in jeder Gruppe gibt es nebeneinander Marxisten, Kleinbürger, Radikale und Syndikalisten - was zur Folge hat, daß sich der Klassenkampf des Landes innerhalb vieler Gruppen reproduziert - und das führt zum zweiten Charakteristikum: 2) Fehlen eines Klassenprogramms - was wieder das dritte Merkmal bedingt: 3) falsche Einstellungen, die ihrerseits, um einig zu bleiben, die Religion der Gruppe ergibt, das Sektierertum. Das sind die Ursachen der Schwäche der Gruppen, die man nicht überwinden kann, weder durch Vereinigung noch durch Integrieren der Schwächen.

Nur die Theorie des Marxismus-Leninismus kann der Bewegung der Arbeiterklasse die erforderliche Grundlage geben. Lediglich eine marxistisch-leninistische Partei kann die ausgebeuteten Massen zu ihrer Befreiung führen. Die Partei, die fehlt, ist daher eine zentralisierte marxistisch-leninistische Partei, deren Schaffung das ausschließliche Werk der spanischen Marxisten-Leninisten sein wird."

"Um die spanischen Marxisten-Leninisten miteinander zu verbinden und ihren Kampf zu koordinieren, dazu ist nun der 'Proletario' erschienen, mit dem Ziele, den ausgebeuteten spanischen Massen, dem spanischen Proletariat, die revolutionäre Theorie zu bringen, ohne die es keine revolutionäre Bewegung gibt."

DOKUMENTE DER REVOLUTIONÄREN WELTBEWEGUNG

## GEGEN CHRUSCHTSCHOWS SPALTERKONFERENZ

Die stärkste kommunistische Partei der nicht-sozialistischen Welt, die KP INDONESIENS, hat auf ihrer zwischen 3.und 5.Juli d.J. durchgeführten Nationalkonferenz die verräterische Politik der modernen Revisionisten entschieden verurteilt und die Beteiligung an der von Chruschtschow vorbereiteten internationalen Spalterkonferenz abgelehnt. In der Resolution der Konferenz, die den Titel trägt "Entwickelt und stärkt die Einheit in der internationalen kommunistischen Bewegung auf der Basis des Marxismus-Leninismus", heißt es u.a.:

"Der Kampf der Völker der Welt, insbesondere der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gegen den Imperialismus unter Führung der USA ist in zunehmendem Ansteigen, und der Prozeß der Auslese, Kristallisation und Konsolidierung innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung entwickelt sich täglich...

Die Tatsachen haben erwiesen, daß die Politik des Liebäugelns und des Flirtens mit den Imperialisten, die Politik der Atomerpressung oder des Geflunkers über 'Revolution auf friedlichem Weg' die Völker der verschiedenen Länder nicht dazu bringen kann, in ihrem Kampf für Unabhängigkeit, Demokratie, Sozialismus und Frieden nachzulassen...

Die Differenzierung und Auslese, die innerhalb der kommunistischen Parteien verschiedener Länder vor sich geht, hat gezeigt, daß die Reihen der Marxisten-Leninisten in der Welt täglich stärker werden. Im Gegensatz dazu sind die Aktivitäten der modernen Revisionisten zur Spaltung und zum Verrat des Kampfes der Völker gegen den Imperialismus und den alten und neuen Kolonialismus täglich bloßgestellt worden...

Bezüglich der Einstellung der indonesischen KP zur Spaltung in der internationalen kommunistischen Bewegung und dem Wege ihrer Beilegung bekräftigt die Konferenz und unterstreicht ihr Festhalten am Marxismus-Leninismus, proletarischen Internationalismus und den revolutionären Grundsätzen der Moskauer Erklärungen von 1957 und 1960...

Zur Frage der Möglichkeit der Abhaltung einer internationalen Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien wiederholt die Nationalkonferenz ihren von Anfang an eingenommenen Standpunkt, DASS ES VOR DER ABHALTUNG EINER SOLCHEN KONFERENZ NOTWENDIG UND WICHTIG IST, GRÜNDLICHE VORBEREITUNGEN ZU TREFFEN und daß es notwendig und wichtig ist, daß die KPdSU und die KP Chinas zu einer ihnen passenden Zeit ZWEISEITIGE GESPRÄCHE abhalten, um zu einer Übereinstimmung über die zwischen den beiden Parteien bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu gelangen. Inzwischen ist es auch notwendig, zweiseitige Gespräche zwischen der KPdSU und der ALBANISCHEN PARTEI DER ARBEIT und zwischen den anderen Parteien in Übereinstimmung mit dem Prinzip der Unabhängigkeit und Gleichheit abzuhalten...

DIE KONFERENZ UNTERSTREICHT, DASS EINE INTERNATIONALE KONFERENZ ALLER KOMMUNISTISCHEN UND ARBEITERPARTEIEN, DIE GEWALTSAM ODER

IN EILE, OHNE GRÜNDLICHE VORBEREITUNG ABGEHALTEN WIRD, MIT SICHERHEIT IN DER ERREICHUNG DER AUFGABE DER STÄRKUNG DER EINHEIT IN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG VERSAGEN WIRD UND NUR EINE OFFENE SPALTUNG IM WELTMASSSTAB HERBEIFÜHREN WIRD! Die indonesische kommunistische Partei wird sowas natürlich nicht unterstützen."

## IM LICHT DES WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

Wir veröffentlichen nachstehend den d r i t t e n (Schluß-) Teil der Arbeit unseres Redaktionsmitglieds, deren erster Abschnitt in der "Roten Fahne" Nr.12(16) vom 15.Juni 1964 unter dem Titel "Um den Frieden und die Unabhängigkeit Osterreichs" gebracht wurde und die von der "Roten Fahne" in Nr.13(17) vom 1.Juli 1964 unter dem Titel "Die revisionistische Politik verschärft die Gefahr des Bonner Revanchismus" fortgesetzt wurde.-

### Bürgerlicher Nationalismus

### oder Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit?

Die Revisionisten haben unsere frühere, richtige Linie in der nationalen Frage ebenso entstellt wie unsere frühere, marxistisch-leninistische Haltung zur bürgerlichen Demokratie. Diesen Parallelismus aufzuzeigen, scheint uns wichtig.

Die Marxisten haben bekanntlich die bürgerliche Demokratie als einen Fortschritt gegenüber der feudalen Autokratie erachtet und daher dort, wo es noch starke Überreste feudaler Zustände gab (wie im zaristischen Rußland und im China der Kuomintang) für die Durchsetzung bürgerlich-demokratischer Forderungen gekämpft. Sie haben im Faschismus einen Rückschritt gegenüber den bürgerlich-demokratischen Zuständen gesehen und waren daher stets die heldenmütigsten Vorkämpfer aller Antifaschisten, setzten sich für die Verteidigung der unter den Verhältnissen der bürgerlichen Demokratie eroberten Rechte und Freiheiten des Volkes ein, ungeachtet ihrer Beschränktheit, Bedingtheit, Verlogenheit. In beiden Fällen ist es ein Kampf gegen eine noch größere Unterdrückung als die, der das Proletariat unter der bürgerlichen Demokratie ausgesetzt ist, nicht aber für ein kleineres Übel; ein Kampf, in den das Proletariat breite Massen nichtproletarischer Schichten als seine Bundesgenossen einbeziehen kann, ohne sich jedoch mit deren spezifischen Klasseninteressen und Zielsetzungen zu identifizieren; ein Kampf nicht für die bürgerliche Demokratie als Selbstzweck, sondern als ein Mittel für die Herbeiführung des Sturzes der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und damit für die Aufhebung der bürgerlichen Demokratie selbst.

Wie alles in der Klassengesellschaft vom Klassenstandpunkt aus zu betrachten ist, so auch die Frage der bürgerlichen Demokratie. Marx

und Engels haben sie als die beste Herrschaftsform für die Bourgeoisie und zugleich als besten Kampfboden des Proletariats für den Sturz der Kapitalistenherrschaft bezeichnet. Nach der Niederwerfung des Faschismus konnte demnach die Aufgabe der Kommunisten nur darin bestehen, die wiederhergestellte bürgerliche Demokratie als den heuchlerischen Deckmantel der brutalen Diktatur der Bourgeoisie vor den Massen zu entlarven und gleichzeitig ihre Institutionen auszunützen, um die Massen in den Kampf für die Beseitigung der Kapitalsherrschaft, also der bürgerlichen Demokratie selbst, und für die Errichtung der Diktatur des Proletariats, also der neuen, sozialistischen Demokratie, der echten, wahren Volksherrschaft (was ja "Demokratie" wörtlich bedeutet), zu führen.

Die Revisionisten tun aber das Gegenteil: sie verherrlichen die bürgerliche Demokratie, vertuschen deren Klassencharakter, säen Illusionen über die Möglichkeit ihrer "Verbesserung" usw. Sie tun genau das gleiche wie seinerzeit die Sozialdemokraten der II. Internationale, und das Resultat ihrer Politik kann daher nur das gleiche sein wie das der SP-Politik in der Zwischenkriegszeit.

Ganz ähnlich verhält es sich mit dem bürgerlichen Nationalismus.

Die Marxisten sind Internationalisten und eben deshalb unversöhnliche Kämpfer gegen jegliche nationale Unterdrückung, für die Freiheit und Unabhängigkeit aller Nationen. Sie kämpfen aufrichtig und aufopferungsvoll für die nationale Unabhängigkeit und Souveränität ihres Landes, aber auch entschieden und konsequent gegen die imperialistische Unterdrückung anderer Völker durch die eigene, herrschende Nation (wie in der österreichisch-ungarischen Monarchie), gegen den Chauvinismus "ihrer" Bourgeoisie, für die uneingeschränkten Rechte der nationalen Minderheiten im eigenen Land.

Die KPÖ hat sich in den dreißiger Jahren ein historisches Verdienst erworben, als sie die theoretische Grundlage für den nationalen Unabhängigkeitskampf des österreichischen Volkes gegen den deutschen Faschismus erarbeitete. Sie war die einzige politische Partei in Österreich, die das Banner des Widerstandskampfes gegen Hitlerdeutschland erhoben und bis zu Ende hochgehalten hat. Sie hat die weitaus größten Opfer in diesem Kampf gebracht und entscheidend dazu beigetragen, daß Österreich als ungeteilte und unabhängige Nation wiedererstehen konnte. Sie hat auch in der sehr komplizierten Situation, die sich 1945 herausgebildet hat, ehrlicher und konsequenter als alle anderen Parteien für die Wiederherstellung der vollen Souveränität Österreichs und für den Abzug aller Besatzungstruppen gekämpft. (Zu behaupten, daß die KPÖ bei diesem Kampf im Laufe des Jahrzehnts 1945-1955 keinerlei Schwankungen gehabt, keine Fehler und Irrtümer begangen hätte, wäre allerdings unwahr und für unseren gegenwärtigen Kampf um die Sicherung der nationalen Unabhängigkeit Österreichs schädlich.)

Seit 1945 und besonders seit 1955 gibt es aber nicht nur einen gerechten Kampf für die nationale Unabhängigkeit, sondern auch einen österreichischen Nationalismus, der eine Gefahr für die Arbeiterklas-

se darstellt und von den Kommunisten bekämpft werden muß. Leider hat unsere Partei diese Gefahr kaum bemerkt, geschweige denn entschieden bekämpft, auch nicht v o r der offenen revisionistischen Entartung ihres Führungsgremiums. Wir verweisen kurz auf drei Beispiele:

1. Der hurrapatriotische Rummel um Südtirol, bei dem sich Ernst Fischer und andere mit der marxistisch-leninistischen Ideologie wenig vertraute Funktionäre bemühten, die enragiertesten bürgerlichen Chauvinisten zu übertrumpfen, widerspricht nicht nur dem proletarischen Internationalismus und den Klasseninteressen der österreichischen Arbeiterschaft, sondern auch den Interessen der nationalen Unabhängigkeit Österreichs, weil er Wasser auf die Mühlen der westdeutschen Imperialisten gießt und deren "Anschluß"-Bestrebungen fördert. (Notabene: Die Weigerung der italienischen Revisionisten, die Forderung der deutschsprachigen Bewohner der Provinz Bozen nach dem Recht auf nationale Selbstbestimmung zu unterstützen, und zwar mit Berufung auf die von Togliatti gleichsam als eine "heilige Schrift" verehrte bürgerliche Verfassung Italiens, hat natürlich ebensowenig mit dem proletarischen Internationalismus und den Klasseninteressen der italienischen Arbeiter zu tun!)

2. Die Haltung Friedl Fürnbergs und anderer Funktionäre unserer Partei, deren Mangel an Selbstkritik sie von anfänglich kleineren Irrtümern über größere Abweichungen vom Marxismus-Leninismus schließlich zum offenen Revisionismus geführt hat, zu den nationalen Forderungen der Kärntner Slowenen ist von der nationalistischen Haltung der ÖVP und der SPÖ bestenfalls graduell verschieden, nicht aber dem Wesen nach. Als das Kommunistische Informationsbüro 1948/49 den Revisionismus Titos offen verurteilte, warf sich Fürnberg in die

ABONNIERT DIE "ROTE FAHNE" !

Die regelmäßige Lektüre der "ROTEN FAHNE" gehört heute zu den Selbstverständlichkeiten nicht nur für jeden auf revisionistische Scheuklappen verzichtenden Kommunisten, sondern bildet eine immer wichtigere Quelle politischer Information für jeden an der revolutionären Entwicklung interessierten Menschen.

Wir sind gerne bereit, ernsten Interessenten die Zeitung einige Zeit kostenlos zuzusenden, um ihnen ein Urteil über sie zu ermöglichen. Auf die Dauer aber sichert natürlich nur ein Abonnement die pünktliche und regelmäßige Zusendung der Zeitung.

Jahresabonnement . . . . . S 65,-
Halbjahresabonnement . . . 35,-
(Postscheckkonto Nr. 173.848)

Ein Abonnement sichert außerdem die kostenlose Belieferung mit einer Vielzahl wichtiger politischer Broschüren und aktuellem Informationsmaterial aus der kommunistischen Weltbewegung.

Brust und rief mit erhobenem Zeigefinger: W i r  haben schon längst den Verrat Titos durchschaut und seinen Nationalismus in der Frage Kärnten bekämpft! (Denn er, ein rechter "Wahlverwandter" Chruschtschows, hat ja "schon immer" alles gewußt, ihm ist "längst" alles klar, er hat sich nie geirrt, hat stets recht gehabt usw., obwohl es wenige Fragen gibt, in denen er nicht heute was anderes sagen würde als gestern, um seine heutigen Äußerungen schon morgen wieder Lügen zu strafen...) Nun gibt es natürlich über den bürgerlichen Nationalismus der jugoslawischen Revisionisten keinen Zweifel. Bekanntlich hat Stalin 1945 die Durchführung von Plänen zur Teilung Österreichs verhindert, bei denen ein riesiger Happen Jugoslawien hätte zufallen sollen. Die Gebietsansprüche, die Jugoslawien bei den österreichischen Staatsvertragsverhandlungen stellte, waren maßlos übertrieben. (Die Tito-Leute haben dafür freilich schleunigst - und hinter dem Rücken der die jugoslawischen Interessen verteidigenden Sowjetunion - auf <u>alle</u> Ansprüche verzichtet, sobald sie mit den imperialistischen Westmächten handelseinig geworden waren!) Dennoch dürfen die österreichischen Kommunisten der slowenischen Minderheit gegenüber keinen anderen Standpunkt einnehmen als jenen, den Lenin allen revolutionären Arbeitern einer herrschenden Nation zur unbedingten internationalistischen Pflicht machte: das volle Recht auf nationale Selbstbestimmung rückhaltlos anzuerkennen und zu verteidigen.

3. Bei manchen Parteifunktionären, darunter auch ehrlichen Genossen, die subjektiv gegen den Revisionismus eingestellt sind und dem Marxismus-Leninismus die Treue halten möchten, zeigt sich im Zuge ihres richtigen Kampfes gegen Neofaschismus und Deutschnationalismus eine gewisse Tendenz zur Bildung einer <u>antideutschen</u> Einheitsfront mit erzkonservativen und im Grunde reaktionären Kreisen, die einer Art nationalösterreichischem Traditionalismus huldigen. Nun gibt es tatsächlich Widerstandskämpfer gegen den Nazifaschismus, die aus dem katholisch-konservativen, ja sogar aus dem monarchistischen Lager stammen und heute den immer frecheren Vorstößen der deutschnationalen Agenten Bonns in Österreich die Pflege der k.u.k.- sowie der Dollfuß-Schuschnigg-Traditionen entgegensetzen wollen. Solche Erscheinungen sind unter anderem im Bundesheer und in den Kameradschaftsverbänden zu bemerken. Die Kommunisten müssen trachten, sich mit <u>jedem</u> zusammenzuschließen, der als Verbündeter im Kampf gegen die Bedrohung der österreichischen Unabhängigkeit in Frage kommt, welcher Ideologie auch immer er sonst anhängen sollte, ohne ihm ihre eigenen Ansichten zu oktroyieren; sie dürfen jedoch dabei <u>unter keinen Umständen Kompromisse mit dem österreichischen bürgerlichen Nationalismus eingehen.</u> Antideutscher Nationalismus ist absolut nicht gleichbedeutend mit Kampf um die nationale Unabhängigkeit, ja er kann sogar eine <u>Abhängigkeit</u> Österreichs von anderen imperialistischen Mächten herbeiführen. Man denke nur an die Starhemberg-Linie der Ausrichtung auf Mussolini und Horthy oder an die seinerzeitige Orientierung eines Teils der österreichischen Bourgeoisie auf Frankreich und seine "Kleine Entente" (CSR-Rumänien-Jugoslawien)!

Der Kampf für die Wahrung unserer nationalen Unabhängigkeit und gegen die ihr seitens des deutschen Imperialismus drohenden Gefahren

entspricht den Klasseninteressen des Proletariats, das seine soziale Befreiung nur erkämpfen kann, wenn es nicht auch national unterdrückt ist. Aber jeder klassenbewußte Arbeiter wird das in nicht wenigen Köpfen unserer Genossen herumgeisternde Schlagwort vom "österreichischen Nationalbewußtsein" als klassenfremdes, bürgerlich-nationalistisches Gedankengut entschieden zurückweisen. Er wird an die wunderbare Leninsche Definition des "Nationalstolzes" der großrussischen revolutionären Arbeiter denken und sie auf unsere Verhältnisse etwa wie folgt anwenden:

- Wir sind stolz, Söhne und Töchter der österreichischen Arbeiterklasse zu sein, die in ihrer langen Geschichte glorreiche Kämpfe gegen die herrschende Klasse ihrer eigenen Nation durchgeführt hat;
- wir sind stolz auf den guten Namen, den die österreichischen Revolutionäre, die 1919 Räteungarn zu Hilfe eilten, 1936-1939 in den Interbrigaden die spanische Republik verteidigten, im Zweiten Weltkrieg an der Resistance in Frankreich und am Partisanenkampf in Bjelorußland und Polen teilnahmen, in den Lazaretten Chinas Verwundete des Widerstandskrieges gegen die japanischen imperialistischen Aggressoren gesundpflegten usw., Österreich eintrugen;
- wir sind stolz darauf, daß in unserer komplizierten Zeit auch in Österreich die rote Fahne des Marxismus-Leninismus im Kampf gegen den Revisionismus hoch erhoben wurde und daß sich immer mehr Kommunisten und andere revolutionäre Arbeiter um sie scharen - und wir sind dessen gewiß, daß diese rote Fahne auch in Österreich als Staatsflagge der Arbeitermacht stolz auf den Türmen der öffentlichen Gebäude flattern wird!

Dieser Nationalstolz im Leninschen Sinne verträgt sich ausgezeichnet mit der proletarischen Klassenideologie, während das "Nationalbewußtsein" ein Teil der bürgerlichen Ideologie ist, und - wo es in Arbeiterköpfe eindringt - aus.ihnen unvermeidlich das Klassenbewußtsein verdrängt.

Lenin warnte vor der Gefahr, daß sich die notwendige Unterstützung der nationalen Bewegungen "in eine Apologie des Nationalismus" verwandelt, und betonte, die Anerkennung ihrer historischen Gesetzmäßigkeit müsse sich "strengstens auf das beschränken, was in diesen Bewegungen fortschrittlich ist, damit sie nicht zur Vernebelung des proletarischen Klassenbewußtseins durch bürgerliche Ideologie führe". Der "Kampf gegen jede nationale Unterdrückung, für die Souveränität des Volkes, für die Souveränität der Nation" ist fortschrittlich und muß von den Marxisten unbedingt unterstützt werden, sagte Lenin und fügte hinzu:

"Das ist in der Hauptsache eine negative Aufgabe. Weiter aber kann das Proletariat in der Unterstützung des Nationalismus nicht gehen, denn von hier an beginnt die 'positive' Tätigkeit der nach Stärkung des Nationalismus strebenden Bourgeoisie." ("Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage")

Die Revisionisten werden natürlich auch dieses Zitat als "veraltet" bezeichnen; dennoch ist das, was hier Lenin vor fast genau 50 Jahren geschrieben hat, Wort für Wort auch heute gültig.

Wir können also die nationale Unabhängigkeit Österreichs nicht wirksam verteidigen, wenn wir eine gegen die wahren nationalen Interessen des deutschen Volkes gerichtete Politik unterstützen oder gar selbst einem antideutschen Chauvinismus anheimfallen. Im Gegenteil. Der Kampf der DDR, der Arbeiterklasse und der Demokraten ganz Deutschlands für die nationale Einheit und Unabhängigkeit des deutschen Volkes ist eine Hilfe in unserem eigenen Kampf um die Sicherung der Unabhängigkeit Österreichs; denn wir haben einen gemeinsamen Feind: den deutschen Imperialismus, der die Interessen der eigenen Nation preisgibt, dafür aber die Freiheit der anderen Nationen Europas bedroht, und den hinter ihm stehenden <u>amerikanischen Imperialismus</u>, der auch <u>unmittelbar</u> eine Gefahr für die Unabhängigkeit Österreichs war und ist.



Der amerikanische Imperialismus ist, wie in den Moskauer Dokumenten von 1957 und 1960 festgestellt wird, der Erzfeind <u>aller</u> Völker. Er ist auch der Erzfeind des österreichischen Volkes. Nicht nur, weil er die Gefahr eines atomaren Weltkriegs heraufbeschwört, der auch unser Volk tödlich treffen würde, und nicht nur wegen seiner ausschlaggebenden Unterstützung für den westdeutschen Revanchismus und Militarismus, sondern auch wegen seiner unmittelbar Österreich betreffenden Zielsetzungen und Handlungen.

Während des Zweiten Weltkriegs wurden bekanntlich in den USA zahlreiche Pläne für die "Neugestaltung" der Karte Europas erwogen. Die meisten dieser Pläne waren, wie viele seither veröffentlichte Dokumente bezeugen, <u>gegen</u> die Wiederherstellung eines unabhängigen Österreich gerichtet und sahen ein Aufgehen unserer Heimat entweder in einer "Donauföderation" (womöglich unter Habsburgs Zepter!) oder in einem "Süddeutschen Staatenbund" u.dgl. vor. Es ist dem von der KPÖ angeführten Freiheitskampf des österreichischen Volkes gegen die hitlerfaschistische Fremdherrschaft und der (zum Teil eben durch diesen Kampf beeinflußten) festen Haltung der Sowjetregierung mit Stalin an der Spitze zu danken, daß die führenden Mächte der Antihitlerkoalition in ihrer Moskauer Deklaration vom Dezember 1943 die Wiederherstellung eines unabhängigen und souveränen Österreich zu einem ihrer Kriegsziele erklärten.

Die USA haben aber auch nach dem Sieg über Hitlerdeutschland ihre gegen die Unabhängigkeit Österreichs gerichteten Pläne nicht aufgegeben, obwohl diese angesichts der Befreiung eines Großteils unseres Landes durch die Sowjetarmee zunächst etwas modifiziert werden mußten. Wiederum war es der von der Sowjetunion unterstützte Kampf unserer Partei, der diese modifizierten Pläne, die eine Zerreißung Österreichs und den Anschluß der westlichen Bundesländer an Westdeutschland vorsahen, zu Schanden machte. Die USA tragen auch die Hauptschuld daran, daß die Besetzung unseres Landes zehn volle Jahre gedauert hat. Auch wenn die Antikommunisten in Österreich diese Tatsache

leugnen, wird sie durch eine Reihe anderer Tatsachen unwiderlegbar bewiesen. In fast allen Ländern Westeuropas gibt es amerikanische Garnisonen oder Stützpunkte, Raketenabschußrampen, Waffenlager und andere militärische Einrichtungen. Und ausgerechnet auf Österreich, das an zwei sozialistische Länder grenzt und schon unter Hitler als Aufmarschgebiet in einem Ostfeldzug gedient hat, das - neben der neutralen Schweiz - eine Brücke zwischen der nördlichen und der südlichen Flanke der NATO-Armeen bildet und nach dem Gutachten der Nazi-Generäle eine ideale "Alpenfestung" für imperialistische Aggressionen abgeben kann - ausgerechnet auf dieses Österreich, in dem sie sich schon häuslich eingerichtet hatten, sollten sie verzichten? Nein, das wollten die USA-Imperialisten fürwahr nicht! Eben deshalb sabotierten sie jahrelang den Abschluß des Staatsvertrags und sträubten sich mit Händen und Füßen gegen einen Neutralitätsstatus Österreichs.

Nun, die Amis mußten abziehen. Wurde aber damit die Gefahr, die der Unabhängigkeit Österreichs von Seiten der amerikanischen Imperialisten droht, völlig gebannt? Mitnichten! Ja, es besteht doch heute noch eine Abhängigkeit vom USA-Imperialismus, und er ist es gerade, gegen den wir unmittelbar zu kämpfen haben, um unsere volle, uneingeschränkte Unabhängigkeit zu gewinnen und zu sichern!

Nehmen wir das militärische Gebiet: Hat nicht gerade eine Reihe sehr aufschlußreicher Artikel der "Volksstimme" unwiderlegbare Beweise dafür erbracht, daß unser Bundesheer mit amerikanischen Waffen ausgerüstet wird, von den USA Anleihen erhält, seine Offiziere (besonders die vom "Nachrichtendienst") in den USA schulen läßt? Daß die Soldaten im NATO-Geist ausgebildet, Befestigungsanlagen gemäß den NATO-Kriegsplänen angelegt und diverse Bundesheer-Dienststellen mit den entsprechenden NATO-Stellen koordiniert werden? Was aber ist die NATO? Wie sehr dies auch jetzt - mit Rücksicht auf die Liebedienerei Chruschtschows vor den amerikanischen Imperialisten - von den Revisionisten verschleiert wird, weiß doch jedermann, daß dieser aggressive Militärblock von den USA begründet wurde, von den USA geführt wird, unter der ungeteilten Kontrolle der USA steht! Und pflegen sich etwa die USA um die Souveränität Österreichs zu scheren? Überfliegen sie nicht unser Bundesgebiet, wenn es sie danach gelüstet (z.Bsp. während ihrer Intervention in Libanon im Jahre 1958)?

Oder nehmen wir das politische Gebiet: Entgegen seinen wirtschaftlichen Interessen und trotz seines Neutralitätsstatus wird Österreich von den USA gezwungen, das Handelsembargo gegen die sozialistischen Länder mitzumachen. Noch krasser ist das amerikanische Diktat im Falle der Beziehungen zur Volksrepublik China, die, obwohl im Interesse Österreichs gelegen und sogar von maßgebenden Kreisen der Industrie gewünscht, nicht aufgenommen werden dürfen, weil, wie von offizieller Seite wiederholt zu verstehen gegeben wurde, die USA es nicht erlauben. Aber NATO-Länder von ungefähr der gleichen Größenordnung wie Österreich (Holland, Dänemark, Norwegen) lassen sich diesbezüglich von den USA nichts dreinreden und unterhalten normale diplomatische Beziehungen zu Volkschina. So sieht es mit der "Unabhängigkeit" des neutralen Österreichs aus!

Und nehmen wir schließlich das wirtschaftliche Gebiet: Daß wichtige Industrien Österreichs wie z.Bsp. der Magnesitbergbau zu einem Großteil vom amerikanischen Monopolkapital kontrolliert werden, ist hinlänglich bekannt. Darüber hinaus hat sich die USA-Regierung mit dem aus dem Erlös der Marshallplan-Lieferungen stammenden und seither durch Zinsenakkumulation immer größer werdenden ERP-Fonds, der mehrere Milliarden ausmacht, ein Erpressungsmittel geschaffen, das sie schon des öfteren zur Durchsetzung ihrer Zwecke anzuwenden vermochte. Vor allem aber auf dem Gebiet der Erdölwirtschaft sitzt uns die Faust des amerikanischen Monopolkapitals im Genick. In einem von der "Presse" am 25.März d.J. gebrachten Interview kündigte der ÖMV-Generaldirektor Hoynigg an, daß "die heimische Erdölförderung...allmählich auf ein Volumen in einer Größenordnung von 1 Million Tonnen pro Jahr absinken werde". Zur Zeit der Sowjetischen Mineralölverwaltung war bekanntlich eine Jahresförderung von ca. 3,5 Millionen Tonnen erreicht worden. Jetzt hingegen werden wir, wie Hoynigg mitteilte, jährlich 3 Millionen Tonnen Rohöl einführen müssen, um allein die neue Schwechater Raffinerie auszulasten. Die künstliche Drosselung der heimischen Erdölproduktion kommt hauptsächlich Rockefeller und seinesgleichen zugute, die **nun auch** auf die geplanten Pipelines nach Schwechat ihre Hand legen, und überdies, wie Pittermann unlängst indirekt zugab, auf Kosten der österreichischen Steuerzahler Sonderprofite einheimsen. Die westlichen Erdölmonopole, vor allem die amerikanischen, sind es somit, die am vieldiskutierten "Notstand" der ÖMV die Hauptschuld tragen!

Genügen nicht allein diese wenigen Hinweise auf unsere sehr beträchtliche Abhängigkeit von den USA auf militärischem, politischem und wirtschaftlichem Gebiet, um zu erkennen, daß der amerikanische Imperialismus - neben dem westdeutschen - der gefährlichste Feind unserer nationalen Unabhängigkeit ist? Wenn die Revisionisten in unserer Parteiführung, statt einen beharrlichen und konsequenten Kampf für unsere vollständige Unabhängigkeit vom USA-Imperialismus zu führen, diesen beinahe als "Schutzherrn" gegenüber den von Bonn drohenden Gefahren anpreisen, handeln sie dann nicht, trotz ihres betonten "Nationalbewußtseins", gegen die nationalen Interessen Österreichs?



Die vorstehende knappe Analyse zeigt, daß die Politik des Chruschtschowschen Revisionismus und seiner österreichischen Nachbeter den Kampf um die nationale Unabhängigkeit erschwert, die dieser drohenden Gefahren vergrößert. Um die Unabhängigkeit unseres Landes vom ausländischen Imperialismus vollends zu erringen und zuverlässig zu schützen, muß ein hartnäckiger und entschlossener Kampf gegen den USA-Imperialismus und gegen die Hauptstütze seiner Aggressionspolitik in Europa, den westdeutschen Imperialismus, geführt werden, müssen die Kommunisten Österreic hs den verderblichen modernen Revisionismus in ihren Reihen schonungslos entlarven und unschädlich machen.

---

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Franz S t r o b l , Wien 15.,Goldschlagstr.30/33

P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt Wien 101